

INTERVIEW



Foto: Chr. Handt/Gesler-Fotopress/dpa

„Wir haben inzwischen einen Flickenteppich von 17 Bereitschaftspolizeien. Jeder reformiert, optimiert und modifiziert seine BePo, strukturiert um, schafft Synergien und so weiter. Jeder erfindet sich neu. Und manchmal, so mein Eindruck, nur um sich selbst erfunden zu haben“, sagte GdP-BePo-Experte Jürgen Herdes im DP-Gespräch.
Seite 13

VERANSTALTUNG



Foto: Zielasko

Einen Blick hinter die Kulissen der Berliner Bundespressekonferenz wagten zahlreiche Besucher des diesjährigen Tages der offenen Tür der Bundesregierung. Auch die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) stellte sich den Fragen vieler Interessierter.
Seite 16

VERKEHR



Foto: Daniel Naupold/dpa

Stichwort automatisiertes Fahren: Somit muss weiter gewartet werden, was Regelungsänderungen betrifft. Bis zu dem Zeitpunkt muss jedes Fahrzeug einen Führer haben, der über die Technik wacht und verantwortlich ist, erläutert DP-Verkehrsexperte Ewald Ternig.
Seite 22

- 2 **FORUM LESERMEINUNG**
- 4 **TITEL/JUBILÄUM** 50 Jahre JUNGE GRUPPE
- 12 **TREFFEN** Bundeswehr und Personallage der Polizei im Fokus politischer Gespräche des GdP-Bundesvorsitzenden
- 13 **INTERVIEW** „Ein Flickenteppich von 17 Bereitschaftspolizeien“
- 16 **SOZIALES** Bundesteilhabegesetz (BTHG) im Bundestag
- 16 **VERANSTALTUNG** DEUTSCHE POLIZEI präsentierte sich in der Bundespressekonferenz
- 22 **VERKEHR** Wiener Übereinkommen geändert
- 27 **BUNDESTARIFKOMMISSION** Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte
- 29 **POLIZEIARBEIT** LeVia: Eine webbasierende Anwendung zur Prüfung ausländerrechtlicher Sachverhalte
- 31 **FRAUENGRUPPE** Allein unter Frauen ...
- 32 **AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN** 100 Tage im Amt: Inspekteur Wilfried Kapischke ist „angekommen“
- 33 **FORUM LESERMEINUNG**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**

NACH REDAKTIONSSCHLUSS:



Das hessische Siegerteam Mooser des GdP-Tippspiels Saison 2015/2016 Mitte September im Dortmunder Fußball-Tempel: (v.l.) Torsten Uhlig (SIGNAL IDUNA), Svenja Hüls (Goldene Generation), Christian Mooser, BVB-Stadionsprecher und Ex-Profi Norbert Dickel, Sabine Mooser und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow.
Foto: Schönwald



Die Titelgeschichte der Septemberausgabe DEUTSCHE POLIZEI „Autorität reloaded – Verhältnis zwischen Bürger und Polizei: Eine Beziehungskrise spitzt sich zu“ hat zusammen mit dem Kommentar des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, unter der Überschrift „Respekt, ein altmodischer Wunsch derjenigen, die ihn vermissen?“ eine breite Diskussion bei unseren Leserinnen und Lesern hervorgerufen. Die Redaktion veröffentlicht die eingegangenen ausführlichen Leserbriefe der Kolleginnen und Kollegen zu diesem Thema, zum Teil gekürzt, auf mehreren Seiten in diesem Heft.

Zu: Autorität reloaded, DP 9/16



Den Artikel von Dr. Susanne vom Hau habe ich mit großem Interesse gelesen. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es darum, dass das einzelne Individuum sich faktisch in die Richtung von Ministern bewegt. Jeder ist seine eigene Regierung und verbündet sich im Bereich der jeweiligen Übersichtlichkeit bestenfalls mit Gleichgesinnten, nur im Notfall mit der Polizei. Dieses geschieht im Sinne des Freiheitsgedankens, dem wir alle unterliegen. Dieses geschieht auch im (mehr und mehr abgelehnten) Rahmen des Staates.

Die zunehmende Gewalt gegen die Polizei bewegt sich also mental an den Begriffen wie Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit. Begriffe, die sich genauso als Einforderungsrecht verwurzelt haben wie das Verweigerungsrecht von Herkunftsregeln (die eigentlich noch gelten, zum Beispiel im Bildungsbereich). Also soll sich die Polizei mit diesen Dingen auseinandersetzen. Das heißt umlernen, die Realität betrachten. Schauen, was drin ist, nicht was drauf steht. Das kann die Polizei aber intern nicht leisten, weil die Hierarchie dort beginnt, was bereits abgelehnt wird (Politikverdrossenheit). Wenn ich dem mündigen Bürger mit Verständnis begegnen will, dann muss es von Herzen kommen. Dann muss sich der mit Macht ausgestattete neben sich stellen und selbst mündiger Bürger im besten Sinne werden, und das hat etwas mit neutraler Wachsamkeit in der Politik zu tun. Sonst taugt als taktisches Vorgehen der Vorschlag von Dr. Susanne vom Hau nur kurze Zeit.

Jürgen Zabler, Berg/Pfalz

Sechs Seiten schwer zu verstehende Lektüre für einen Nicht-Studierten. Ich kämpfte mich durch, hätte aber etwas mehr erwartet und zwar in verständlicher Form und mit klaren Ansagen. Die Autorin hätte klarer herausstellen müssen, dass diese Krise ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und nicht nur eine angeblich überforderte und überempfindliche Polizei daran schuld ist, die sich treten, schlagen, beißen und bedrohen lassen muss und sich im eigenen Land anpassen und ändern soll. Das kann es nicht sein.

Vom Freund und Helfer, innerhalb einer Generation zum Feind und Opfer geworden. Mit Beginn des anti-autoritären Zeitalters haben wir, von oben angeordnet, zu viel toleriert (verschönerndes Wort für Wegschauen) und uns nur zaghaft dagegen gewehrt. Als man endlich merkte, dass dies der falsche Weg war und wir wieder „anziehen“ und Bürgernähe herstellen wollten, war es schon zu spät. Wir waren plötzlich die „bösen Buben“ mit einer antiquierten Weltanschauung. Wir taten uns schwer, Autorität zu vermitteln, ohne zu provozieren.

Die momentane Respektlosigkeit und Angriffslust der Bevölkerung sollte man offen und ehrlich diskutieren und zwar mit Leuten, die was davon verstehen und nicht mit solchen, die mit selbstgestrickten Argumenten noch mehr Verwirrung stiften.

Für mich stellen sich folgende Fragen (nicht erschöpfend):

- Wie ist die forcierte Zuwanderung einzuwerten (Kultur, Religion)?
- Wie wirken sich unser Schulsystem

und eine anti-autoritäre Erziehung aus?

- Tragen für den Laien nicht verständliche Gerichtsurteile zu einer Zuspitzung der Lage bei?

- Ist es der Sache dienlich, wenn zum zivilen Ungehorsam aufgerufen wird?

- Schadet die oftmals negative und jugendgefährdende Medienberichterstattung? Es bleibt doch meistens nur die Headline hängen.

Mir ist aber auch klar, dass es bei der Polizei Defizite aufzuholen gibt. Ich denke hier an Anstand, Benehmen und Hilfsbereitschaft. Hier könnte man Image-Pflege betreiben. Wünschenswert wäre es, wenn die Politik geschlossen uns zur Seite stehen würde und sich ohne geistige Atembeschwerden zu uns bekennt und uns nicht unter Generalverdacht stellt, wenn sich ein Einzelner mal daneben benimmt.

Günter Klinger,
GdP-Landesseniorenvorstand
Bayern



Wenn in der deutschen Bevölkerung „eher skeptische bis ablehnende Einstellungen gegenüber traditionellen Autoritätsvorstellungen verbreitet“ sind und diese Einstellungen den gesellschaftlichen Veränderungen geschuldet sind, ist es an der Zeit auch innerhalb der Polizei den Begriff „Autorität“ zu thematisieren.

Bislang hat man das Gefühl, dass Autorität mit dem Abschluss eines Studiums „verliehen“ wird. Dabei wird vergessen, dass Autorität nicht verliehen werden kann. Entweder man ist auf Grund seiner Persönlichkeit, seiner Ausstrahlung, seiner Möglichkeit, emphatisch mit Menschen umzugehen, eine „Autorität“ oder man reift in einem „gesellschaftlichen Prozess“ zu einer Autorität heran.

Ich denke, jeder Mensch, jeder Polizeibeamte hat für sich einen bestimmten Autoritätsbereich, den er mehr oder minder ausfüllt. Um dem Gegensatz „Autonomieanspruch gegen Autoritätsanspruch“ in unserer Gesellschaft gerecht zu werden, bedeutet es für mich, meinen Autoritätsbereich unter anderem auszufüllen mit sozialer Kompetenz und der Bereitschaft zur Kommunikation.

Frage aus dem Artikel: Eignet sich Autorität überhaupt dazu, Eskalati-



onen zu verhindern? Textauszug: „Als zeitgemäße gesellschaftlich akzeptierte Autorität kann sie auch gewaltverhindernde Wirkung entfalten. Innerhalb der sozialen Rolle des Polizeibeamten und der Polizeibeamtin, das heißt im Erscheinungsbild, in der öffentlichen Darstellung polizeilicher Teamarbeit und vor allem im Verhalten, insbesondere in der nonverbalen und verbalen Kommunikation, muss Autorität erkennbar sein.“

Erneut wird deutlich, wie wichtig die Kommunikation im Zusammenspiel mit Autorität zur Verhinderung von Eskalationen ist. Als Einsatzbeamter (38 Dienstjahre) habe ich es immer wieder erlebt, dass Polizeibeamte gerade wegen ihrer mangelhaften Kommunikationsbereitschaft nicht als Autorität akzeptiert wurden. Es gilt, diesem Bereich in Aus- und Fortbildung besonderes Augenmerk zu schenken. Jeder Polizeibeamte, jede Polizeibeamtin sollte in gewissem Maße ein „Kommunikationsprofi“ werden.

Meine Erfahrungen bei „Großeinsätzen“ (Fußball, Demonstrationen, ...) sehen ein grundsätzliches Kommunikationsbedürfnis beim Bürger. Hierbei geht es oft um Art und Umfang der Veranstaltung bis hin zur Erklärung, warum die Polizei überhaupt da ist. Für viele mag es verwunderlich sein, warum die Polizei „sich erklären“ soll. Ich denke, genau da ist der Schlüssel zum Bürger zu finden. Wenn wir erklären, weshalb wir, die Polizei, die verschiedenen Einsatzkräfte mit unterschiedlicher Ausstattung ganz konkret an diesem Tag und diesem Ort für unsere Bürger da sind!

Verwirklichen kann man das sehr gut mit dem Einsatz von polizeilichen Kommunikatoren und dem Taktischen Lautsprechertrupp der Bereitschaftspolizei (TLT). Besonders den mit (erworbener) Autorität ausgestatteten Sprechern im TLT gelingt es oft, den Autoritätsanspruch des Staates im Rahmen der Deutungshoheit zu kommunizieren und dadurch auch deeskalierend zu agieren. Einem Sprecher im TLT, der seinen Autoritätsbereich ausfüllt, der emphatisch und einem hohen Maß an Identifikation mit seiner Aufgabe dürfte es auch gelingen, „dem Bedürfnis der Menschen nach sozialer Wertschätzung“ bei Fußballspielen, Demonstrationen und anderen Veranstaltungen nachzukommen (zum Beispiel durch eine entsprechende wertschätzende sprachliche Moderation des Einsatzes). Meiner Meinung

nach passen Autorität der Polizei und Gesellschaft nach wie vor zusammen.

Allerdings brauchen wir viel mehr Kollegen und Kolleginnen, die ihren Autoritätsbereich ausfüllen. Das funktioniert nicht, wenn man beispielsweise bezüglich der Sprechertätigkeit im TLT in vielen Führungsetagen hört: „Das kann doch jeder Polizeibeamte“.

Solange sich an solchen Einstellungen nichts verändert, wird sich auch die „eher skeptisch bis ablehnende Einstellung“ beim Bürger nicht ändern.

Hans-Ludwig Hase, Eisenberg



Als ich das Cover der September-Ausgabe sah, war mein Interesse sofort geweckt. „Autorität reloaded“? Der Titel machte mich neugierig. Die besorgniserregende Entwicklung der Gewalt gegen Polizeibeamte (häufig ein Resultat mangelnden Respekts) macht auch vor der überschaubaren Landratsbehörde, deren Behördenleiter sich öffentlich gern die Plakette „Sicherster Landkreis Nordrhein-Westfalens“ ans Revers heftet, nicht halt.

Dass uns dieser Titel seit Jahren schon weniger personellen Nachersatz beschert und faktisch nur Personalabbau bewirkt, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Allein in diesem Jahr gab es bislang widerstandsbedingt dermaßen viele Personalausfälle wie nie zuvor. Insofern war ich gespannt darauf, in diesem Leitartikel Hinweise darauf zu finden, wie möglicherweise wiederhergestellt werden könnte, was landauf landab offenbar immer mehr abhandenkommt: Der Respekt gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten.

Die Bestandsaufnahme, wenngleich aus meiner Sicht doch recht stark mit Sozialromantik durchsetzt, will ich nicht weiter kommentieren. Interessant wurde es ab der Überschrift „Bedürfnis nach sozialer Wertschätzung“: Die soziologisch schlüssige Darstellung, dass Wertschätzung auf dem Individualisierungs-Altar geopfert wird und daher ein Vakuum entsteht, was sich die polizeilichen Einschreitkräfte zunutze machen könnten, halte ich für interessant, jedoch überwiegend lebensfern.

Ich könnte mir Situationen vorstellen, in denen dieses Konzept Wirkung entfalten könnte. Zähle ich die aus

meiner Sicht dafür erforderlichen Rahmenbedingungen auf, wird sehr schnell deutlich, dass es sich bei diesen möglichen Szenarien keineswegs um die Mehrzahl der widerstands- und gewaltbelasteten polizeilichen Alltagssituationen handelt:

Das polizeiliche Gegenüber ist

- nüchtern,
- gesprächsbereit,
- kommunikativ auf Augenhöhe (keine Sprachbarriere, keine Behinderung oder Einschränkung),
- erzogen (im Sinne von: „Jeder einzeln und nacheinander bitte“).

Die zu bewältigende Lage ist

- nicht unmittelbar lebens- oder gesundheitsbedrohlich,
- nicht bereits außerhalb kommunikativer Möglichkeiten,
- übersichtlich und strukturiert genug, um einen Ansprechpartner auszumachen, mit dem Vereinbarungen getroffen werden können.

Da ich im Wach- und Wechseldienst tätig bin, fällt es mir nicht schwer, eine geradezu alltägliche Situation zu entwickeln, die mit dem von Dr. Susanne vom Hau geschilderten Ansatz keineswegs zu bereinigen ist. Trifft ein Einsatzteam nach häuslicher Gewalt auf das polytoxikoman veranlagte, schwerstabhängige, bis in die Haarspitzen mit Rauschmitteln zustehende, randalierende Ehe- oder Lebenspartnerschafts-Gespons, dann trifft es auch gleichzeitig auf mehrere Probleme. Solchen Individuen per se ein beson-

Fortsetzung auf Seite 33

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



50 JAHRE JUNGE GRUPPE

Von Gerd Diefenthaler

16 Jahre nach ihrer eigenen Gründung und folglich vor 50 Jahren entschloss sich im Frühjahr 1966 die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Aufbau einer Jugendorganisation innerhalb ihrer Mitgliedschaft. Der runde Geburtstag sollte Anlass genug sein, um die Geschichte der GdP-Jugend Revue passieren zu lassen, deren Name so schlicht wie selbsterklärend ist: JUNGE GRUPPE (GdP). Mitte Oktober wird die GdP das Jubiläum in Berlin gebührend begehen.

Auch wenn der am 1. April 1966 vom GdP-Bundesvorstand gefasste Gründungsbeschluss, der mit einer Verabschiedung erster Richtlinien für die GdP-Jugendarbeit einherging, gemeinhin als „Geburtstag“ der JUNGEN GRUPPE bezeichnet wird, so trifft dies allenfalls nur auf den formalen Charakter jener Beschlussfassung zu. Tatsächlich hatten bereits zum Jahreswechsel 1964/1965 die Landesbezirke Berlin und Nordrhein-Westfalen den Bundesvorstand aufgefordert, eine eigene Jugendorganisation zu gründen. Dies vor dem Hintergrund, dass sich vor allem im damaligen West-Berlin, aber auch vereinzelt in Nordrhein-Westfalen, bereits jüngere GdP-Mitglieder zumindest in Ansätzen um jugendspezifische Themen gekümmert hatten oder aber damals sogenannte Jugendtreffs veranstalteten, häufig in Verbindung mit Tanzabenden. Dazu später mehr.

Wirkungsvollere Vertretung

Hinzu kam ein Aspekt, der längst aus dem Blickfeld der GdP verschwunden ist und bestenfalls noch vereinzelt Kennern der GdP-Historie in

Erinnerung sein dürfte: Die im September 1963 beschlossene Arbeitsgemeinschaft zwischen GdP und Deutscher Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die es der GdP ermöglichte, die Interessen der Tarifbeschäftigten in der Polizei wirkungsvoller vertreten zu können.

Weil diese Zusammenarbeit zwischen GdP und DAG erstaunlich viel mit den Wurzeln der JUNGEN GRUPPE zu tun hat, sei zum besseren Verständnis ein kleiner geschichtlicher Ausflug erlaubt.

Ohne näher auf die vielseitigen Bemühungen zur Gründung von Gewerkschaften nach dem Kriegsende 1945 einzugehen, sei daran erinnert, dass nicht alle Gewerkschaften, die ein Interesse daran hatten, sich unter dem Dach des 1949 gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu versammeln, dazu auch die Gelegenheit erhielten. Zu ihnen gehörte die im April 1949 durch einen Zusammenschluss der Angestelltenverbände der drei Westzonen gegründete Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die branchenübergreifend tätig war, der aber vor der vom DGB vertretenen Grundsatzposition „Eine Branche, eine

Gewerkschaft“ der Zutritt zum DGB verwehrt blieb.

Mit gleicher Begründung wurde der im September 1950 gegründeten GdP die Mitgliedschaft im DGB verwehrt, weil es in der DGB-Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) bereits eine Fachabteilung Polizei gab, in der einige Arbeiter und Angestellte der Polizei organisiert waren. Die einen mögen dies als einen geschickten Schachzug der ÖTV gesehen haben, die anderen, nämlich die Mehrheit von Polizeibeamten in den verschiedenen anderen Polizeivereinigungen, empfand dies als brüskierend. Insbesondere, weil die ÖTV einen Alleinvertretungsanspruch für Polizeibedienstete geltend machte, der eine Erweiterung des DGB um eine weitere Polizei-Gewerkschaft wegen der oben erwähnten Grundsatzposition nicht zuließ.

Verschlossene Tür

Für die GdP war das Thema der verschlossenen Tür zum DGB nicht vom Tisch und bereits auf ihrem ersten Bundeskongress 1951 beauftragten die Delegierten den Bundesvorstand, alles zu unternehmen, um den Beitritt zum DGB zu ermöglichen. Innerhalb des DGB setzte sich jedoch die ÖTV mit einer Satzungsänderung durch, die eine mögliche Aufnahme der GdP vom Einverständnis der ÖTV abhängig machte. Fast drei Dekaden sollten vergehen, ehe die GdP 1978 dann doch als damals 17. Gewerkschaft dem DGB beitreten konnte.

Bei der DAG sollte es noch länger





1966

Erstes Seminar zum Aufbau der JUNGEN GRUPPE im Mai 1966 in Neuland-Sennestadt mit Vertretern aller Bundesländer.

Hier wurde der erste Bundesjugendvorsitzende Horst Geier kommissarisch eingesetzt. Foto: GdP Archiv

dauern. Sie, die sich im Tarifbereich zur gewerkschaftlichen Konkurrenz des DGB entwickelte, nachdem ihr 1949 der Weg in den DGB verwehrt blieb, wurde erst 2001 Mitglied in der damals neu gegründeten Vereinigungsgewerkschaft ver.di und gehört seitdem ebenfalls dem DGB an.

Verfestigende Vorstellungen

Erst das Verstehen dieser komplexen Entwicklungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren führt zum besseren Verständnis der Situation, die schließlich 1963 zur Arbeitsgemeinschaft zwischen DAG und GdP führte. Hier die DAG, die anfangs der 60er Jahre annähernd 400.000 Mitglieder zählte und als eigenständiger Tarifpartner in stetiger Konkurrenz zum DGB und insbesondere dessen „Angestellten-Gewerkschaft“ Handel, Banken und Versicherung (HBV) stand, da die GdP mit knapp unter 100.000 Mitgliedern, die erst 1959 als Spitzenorganisation gemäß Paragraf 94 Bundesbeamtengesetz offiziell anerkannt wurde und der die öffentlichen

Arbeitgeber erstmals 1960 ausdrücklich die Tariffähigkeit und damit die Stellung als Berufsorganisation bestätigten. Auf der anderen Seite ein DGB mit damals über sechs Millionen Mitgliedern, über eine Million davon allein in der ÖTV, die nach wie vor der GdP den Zugang zum DGB verwehrt.

Für DAG und GdP bedeutete die eingegangene Arbeitsgemeinschaft nicht nur eine Stärkung ihrer Tarifbeschäftigten, sie hatte nicht zuletzt eben auch einen geschichtlich bedingten psychologischen Hintergrund. Schon bald sollte sich herausstellen, dass die Zusammenarbeit weit über reine Tarifpolitik hinausging.

Als sich in der GdP die Vorstellung einer eigenen Jugendarbeit verfestigte, sollte es sich als Glücksfall herausstellen, dass die DAG bereits eine Jugendorganisation hatte. Schon 1965 steckten der DAG-Bundesjugendleiter, Edi Prosch, der GdP-Gewerkschaftssekretär für Schulung und Bildung, Karl Herfurt, der Geschäftsführer der GdP-Bundesgeschäftsstelle, Klaus Hübner (ja, der

Hübner, der später ab 1969 achtzehn Jahre lang Polizeipräsident in Berlin war) und der Berliner Bereitschaftspolizist Horst Geier, der bereits vor Ort GdP-Jugendarbeit praktizierte, ihre Köpfe zusammen, um Möglichkeiten einer GdP-Jugendorganisation auszuloten. Es war nicht nur die Erfahrung des DAG-Bundesjugendleiters, die damals nachhaltig die Dinge vorantrieb, es war auch dessen Zusage, dass die DAG-Jugend vor allem in der wichtigen Gründungsphase einer GdP-Jugendorganisation mit Rat und Tat – und wie sich zeigen sollte auch mit Geld – zur Seite stehen würde. Dies und die aus diesen Vorbereitungsgesprächen entstehenden Konzepte



überzeugten schließlich den GdP-Bundesvorstand unter dem damaligen Vorsitz von Werner Kuhlmann.

Reservoir an Idealismus

Mit dem eingangs erwähnten Gründungsbeschluss am 1. April 1966 gingen auch zwei personelle Entscheidungen des Bundesvorstandes einher. Karl Herfurt wurde die Aufgabe des Bundesjugendleiters übertragen, Horst Geier als erster Bundesjugendvorsitzender eingesetzt.

Karl Herfurt, Jahrgang 1921, gehörte 1950 zu den Gründungsmitgliedern der GdP, wechselte 1956 hauptamtlich zur GdP Nordrhein-Westfalen als Gewerkschaftssekretär für Schulung und Bildung und siedelte mit gleicher Aufgabe später zur Bundesgeschäftsstelle nach Hilden über, quasi im Windschatten des ebenfalls aus NRW stammenden Bundesvorsitzenden Werner Kuhlmann.

Horst Geier, Jahrgang 1925, der nach Schule, Berufsausbildung, Kriegseinsatz und Gefangenschaft 1949 zur Polizei ging und seine ersten Erfahrungen als Streifenpolizist im Berliner Arbeiterviertel Wedding machte, wurde 1966 in der Berichterstattung zur Gründung einer GdP-Jugendorganisation in DEUTSCHE POLIZEI (DP) wie folgt vorgestellt: „Er kommt aus der Bereitschaftspolizei und hat mehrfach praktisch bewiesen, dass er nicht nur das Ohr der Jugend findet, sondern auch ihre Sache mit Energie zu vertreten weiß. Sein Name dürfte aber allen bekannt sein, die jemals etwas von den Berlin-Seminaren der GdP gehört oder sogar seine nimmermüde Betreuung in Berlin erlebt haben. Sein Reservoir an Idealismus, gepaart mit nüchternem Tatsachensinn, steht jetzt im Dienst der GdP-Jugend und wird sicher nicht zu erschöpfen sein.“

Mittelzuweisung

Beide hatten seit dem Frühjahr 1966 den Auftrag, bundesweit die JUNGE GRUPPE (GdP) aufzubauen, was angesichts der Struktur der GdP mit ihren eigenständig agierenden Landesbezirken nicht gerade ein einfaches Unterfangen war. Und weil es auch in einer auf Ehrenamtlichkeit basierenden Gewerkschaft kaum etwas

umsonst gibt, wollten auch finanzielle Mittel besorgt sein. Die GdP-Kasse, seit jeher unter dem Credo stehend „Das Wissen um die Herkunft unserer finanziellen Mittel zwingt uns zu äußerster Sparsamkeit“, mochte zwar zunächst in bescheidenem Umfang für Jugendarbeit den Haushaltsplan der GdP verändern, aber zusätzliche Gelder erschienen den beiden Hauptakteuren des JUNGE GRUPPE-Aufbaus durchaus erstrebenswert.

Eine denkbare Lösung wurde in den

digen Bundesministerium für Familie und Jugend als sogenannter Gemeinnütziger Träger der freien Jugendhilfe anerkannt werden.

Man ahnt schon, dass es dafür bürokratischen Hürden zu überspringen galt, die es nach alter preußischer Tradition in sich hatten. In vielen Bundesländern war das Anerkennungsverfahren sogar noch schwieriger als auf Bundesebene, was Karl Herfurt 1969 zu einer Veröffentlichung mit folgendem Wortlaut veranlasste: „ Die praktische



2006

**12. Bundesjugendkonferenz:
Der erste Bundesjugendleiter
Karl Herfurt beim 40-jährigen
Jubiläum der JUNGEN GRUPPE.
Foto: Holecek**

damals sogenannten Bundesjugendplanmitteln gesehen, die seit 1950 im Bundeshaushalt für öffentliche und freie Träger der Jugendarbeit zur Verfügung standen. Die Mittelzuweisung nahm seit dem ersten Bundesjugendplan einen überaus erstaunlichen Verlauf. Waren es 1950 noch 17,5 Millionen Mark, lag die Förderungssumme 1960 bereits bei 79,5 Millionen Mark. Tendenz weiter steigend, wie die Zukunft noch zeigen sollte. Der seit 1994 auf den Namen „Kinder- und Jugendplan“ umgetaufte Haushaltstitel betrug 2001 224 Millionen Mark und liegt aktuell bei 148,8 Millionen Euro.

Nicht zeitgemäße Anerkennungsrichtlinien

Um ein Stück von diesem Kuchen abzubekommen, musste die JUNGE GRUPPE (GdP) zunächst vom zustän-

Jugendarbeit wird leider durch eine Reihe von nicht zeitgemäßen Anerkennungsrichtlinien für Jugendgruppen in den Ländern erschwert. So ergibt sich aus der Struktur der Polizei, dass geforderte Gruppennzahlen und Gruppenstreuungen auf bestimmte Verwaltungsräume mit den herkömmlichen Methoden der Jugendarbeit im polizeilichen Bereich nicht möglich sind. Es ist nicht einzusehen, dass im Zeichen der unruhigen Jugend und der Jugendunruhen zwar Maßnahmen, die dem besseren Verständnis für Probleme und Forderungen dieser jungen Menschen dienen, gefördert werden, aber die Jugend im Dienste der Staats-



exekutive nicht gleichermaßen eine Plattform erhält, von der aus sie das Gespräch zum besseren Verständnis ihrer Position führen kann.“

Fünf Zeilen

Während es beim Aufbau von JUNGEN GRUPPEN in vereinzelt Landesbezirken also noch Probleme hinsichtlich der Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe gab, konnte der Bundesjugendleiter auf Bundes-

Versumpfter Wassergraben

Es dürfte an dieser Stelle der Leserschaft, so sie die damaligen Zeiten nicht selbst erlebt hat, schwer zu vermitteln sein, wie sich einerseits die westdeutsche Gesellschaft in den 60er-Jahren entwickelt hat, während andererseits die Polizei von einer vergleichbaren Entwicklung noch weit entfernt war und sich im Innenverhältnis vornehmlich an der alten Grundregel von Befehl und Gehorsam zu

eher rechnen musste, war, dass er anschließend ein paar Strafübungen mit dem Maschinengewehr (ja, die gab es auch) machen musste, am besten in einem versumpften Wassergraben im Übungsgelände. Es gibt tausende ähnliche Beispiele aus jener Zeit.

Campingverordnung

Während zunehmend mehr, vor allem junge Menschen die im Grundgesetz verbrieften Bürger- und Menschenrechte für sich entdeckten, hatte die Polizei mit der neuen Werteordnung des 1949 in Kraft getretenen Grundgesetzes noch weit über die 60er-, ja sogar 70er-Jahre hinaus so ihre Schwierigkeiten. Vor allem die Auslegung des Artikels 8 machte ihr schwer zu schaffen. Demonstranten? Allein das Wort hatte in der mehrheitlich noch konservativen Gesellschaft der Adenauer-Ära schon einen bedrohlichen Charakter, geschweige denn erst bei der Polizei. Es waren zunächst vornehmlich Studentinnen und Studenten, die auf die Straße gingen und sich unter dem Motto „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“ gegen verkrustete Strukturen der Bildungspolitik an Universitäten lautstark Gehör verschafften. Und so ging es weiter. Hier eine wachsende Protest- und Demonstrationswelle einer sich „Außerparlamentarische Opposition (APO)“ nennenden kritischen Studentenbewegung (Stichworte: Vietnamkrieg, Nichtaufarbeitung der NS-Vergangenheit, Gefahr eines Atomkrieges, Notstandsgesetzgebung 1968), dort eine überforderte Innenpolitik und damit auch Polizei, die jede Kommunale Straßenordnung, ja sogar eine Campingverordnung wegen des demonstrativen Sitzens auf Grünflächen, über das Demonstrationsrecht des Artikel 8 Grundgesetz (GG) stellten und mit „Schlagstock frei“ und „Wasser marsch“ versuchte, gegen den „Studentenkrieg“ (Berlins Polizeipräsident Erich Duensing im April 1967) vorzugehen.

Verbissene Diskussion

An der Stelle sei nochmals Karl Herfurt zitiert, der die Problematik der immer jünger werdenden Polizei (das Einstellungsalter war inzwischen von 20 auf 16 Jahre herabgesetzt) 1966 wie folgt beschrieb: „In den Sechziger Jahren wuchsen die Keller- und Schlüsselkinder heran. Eine kritische



Zum 80. Geburtstag des ersten Bundesjugendvorsitzenden Horst Geier gratulierte der damalige GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg natürlich persönlich. Foto: Holecsek

ebene bereits am 8. Februar 1967 die erlösende Nachricht aus dem Bundesministerium für Familie und Jugend empfangen. In fünf Zeilen wurde unter dem Aktenzeichen III-6-8000-467-Allg. bestätigt, „dass es sich bei der Jungen Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei (GdP-Jugend) um einen gemeinnützigen Träger der Jugendhilfe im Sinne der Nr. 4 der Richtlinien für den Bundesjugendplan vom 28. Oktober 1964/Gemeinsames Ministerialblatt 1964, S. 513) handelt“.

Mit dieser Anerkennung im Rücken wurde ein Meilenstein für den weiteren Aufbau der JUNGEN GRUPPE gesetzt, der in Verbindung mit der tatkräftigen Unterstützung seitens der DAG-Jugend dazu führte, dass die Gründungsphase bald sehr ordentliche Fahrt aufnahm. Und dazu wurde es im letzten Viertel der 60er Jahre auch höchste Zeit.

orientieren hatte. Dass Polizeibeamte zu funktionieren statt eigenständig zu denken hatten, war landauf landab gängiger Ausbildungsinhalt. Wenn da in der Ausbildung ein Wachtmeister bei Werfübungen mit Handgranaten (ja, das gab es) sich die Frage erlaubte, wem gegenüber denn im Ernstfall diese Handgranaten Gebrauch finden sollen und ob dies rechtlich bei einer Menschenmenge überhaupt zulässig sei, so durfte er nicht etwa glauben, dass er darauf von seinem Ausbilder eine befriedigende Antwort erhalten hätte. Wenn es denn überhaupt eine Antwort gab. Womit er hingegen schon



Jugend im Blickpunkt

Erste Bundeskonferenz der Jungen Gruppe

Die Delegierten der JUNGEN GRUPPE aus allen Teilen der Bundesrepublik trafen sich zu ihrer ersten Ordentlichen Konferenz vom 13. bis 15. Oktober 1968 in der internationalen Begegnungstätte Schloss Glienicke in Berlin. In der internen Vollversammlung am 13. Oktober wurde der von den Landesjugendsprechern und -leitern vorgelegte Veranstaltungs- und Arbeitsplan für 1969 beraten und gebilligt. Danach werden zwei zentrale Jugendleiterlehrgänge von jeweils einer Woche Dauer, zwei ein tägige Jugendtreffen, eine 16tägige Jugendbegegnung in Finnland, eine Jugendbegegnung in Prag oder in London von vier bis sechs Tagen Dauer, sowie drei Sitzungen der Bundesjugendvorstände und des Bundesjugendrates durchgeführt.

Die 1966 vom Gewerkschaftsvorstand verschiedenen Richtlinien für die JUNGE GRUPPE wurden nach gründlicher Überarbeitung von den Delegierten beschlossen. Sie überwiesen auch einen Antrag an den Kongress, der die JUNGE GRUPPE in der Satzung der GdP verankern und es ihr durch offizielle Delegierte ermöglichen sollte, sich auf den Kongressen mitverantwortlich an der Arbeit zu beteiligen.

Am 14. Oktober wurden die Delegierten vom Vorsitzenden der GdP, Werner Kuhlmann, in seiner Begrüßungsansprache zur aktiven Arbeit ermuntert. Auf einen Schwerpunkt der Jugendarbeit in der JUNGEN GRUPPE anspielend meinte er: „Je besser sich die Menschen kennen, um so besser verstehen sie einander auch. Ich möchte die GdP-Jugend ermuntern, über die Grenzen unseres Landes hinaus freundschaftliche Kontakte zu knüpfen. Was in unseren Kräften steht, wollen wir gerne dazu beitragen.“

Für den Landesbezirk Berlin sprach Karl-Helmut Tschika ein Grußwort. Anschließend überbrachten Jürgen Wohlrahe vom Bundesvorstand der Jungen Union und Günther Topmann vom Bundesvorstand der Jungsozial-

listen Grüße ihrer Organisationen. Als weitere Gäste wurden begrüßt: Klaus Hübner, der als Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei die wesentlichen Gedanken zur Jugendsetzung beigesteuert hat; Edi Prosch, Bundesjugendleiter der DAG zusammen mit Klaus Roszga vom Landesvorstand der DAG-Jugend Berlin, und von der Bereitschaftspolizei in Berlin die Personalvorsitzenden Siegfried Neumann und Kollege Dittke sowie die Kollegen Ditze, Focke und Pressevertreter von Ifortgenpost und dpa. In einem jugendpolitischen Referat, das sich besonders auf die Erfahrungen des Referenten aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des SPD-Ausschusses zur Erforschung der Jugendnahrung stützen konnte, machte Joachim Raffert, Journalist aus Hildesheim und Bundesjugendorganisator, die Zusammenhänge sichtbar und stellte sich den Delegierten zur Diskussion. Dieses Referat ist Bestandteil einer Broschüre, die die JUNGE GRUPPE aus Anlaß der Jugendkonferenz in Kürze herausgeben wird.

Am Nachmittag begann die Konferenz die ihr vorliegenden Anträge zu beraten und zu verabschieden.

So verurteilten die Delegierten die Besetzung der Tschechoslowakei durch fremde Truppen und bekundeten ihre Sympathie für das betroffene Volk, insbesondere aber für seine aufrechte Jugend.

Gegenstand heißer Debatten war auch die Frage, ob die Beamten in der Bundesrepublik auf dem Streikrecht beschränkt werden sollten, wie es in einem der Anträge gefordert wurde.

Ein Hauptanliegen stellte die Forderung nach Schulungs- und Informationsmaterial für Bereitschaftspolizisten und Polizeischüler dar. Der Bundesjugendvorstand wurde beauftragt, sich beim Gewerkschaftsvorstand dafür einzusetzen, daß hier recht bald alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Forderung nach intensiverer Beteiligung von Jugendvertretern in den zuständigen Personalräten und Beiräten zur Demokratisierung des Ausbildungsbetriebes sind ebenfalls Aufträge, die dem Bundesjugendvorstand zur Verwirklichung mitgegeben wurden.

Bundesjugendvorstand	
Bundesjugendvorstand	Horst Geier, Berlin
Stellvertreter und Dokumentation	Klaus Weisk, Baden-Württemberg
Stellvertreter und Kassier	Jürgen Sellmann, Bremen
Bundesjugendrat	Karl Harfert, Hildes
Beisitzer	Ortwin Iger, Bayern
Heinrich Berg, Baden-Württemberg	Jürgen Bräunlein, Bremen
Gerd Niehoff, Berlin	Sodo Adolph, Hamburg
Werner Schulz, Hessen	Friedhelm Meyer, Nordrhein-Westfalen
Helmut Heilmann, Westfalen	Gerhard Bahns, Niedersachsen
Gerhard Saff, Schleswig-Holstein	Edward Schneider, Saarland
Winfried Krow, USA	
Kassenprüfer:	Walter Müller, Bayern
Peter Glöck, Nordrhein-Westfalen	Klaus Ludwig, Hessen

Eindeutig sprachen sich die jungen Delegierten für die Herabsetzung des Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr aus.

Als einen besonderen Schwerpunkt ihrer Gruppenarbeit erkannten die Delegierten Begegnungen mit jungen Ausländern in und außerhalb Deutschlands an. Hierbei begrüßten sie die Zusammenarbeit von DAG-Jugend und JUNGER GRUPPE, die ab sofort gemeinsam versuchen werden, Veranstaltungen und Aussprachen zusammen mit jungen Ausländern durchzuführen.

Allen Teilnehmern wurde das Bewußtsein für die politische Situation Berlins und Deutschlands allein schon durch die Betrachtung der Mauer in unmittelbarer Nähe des Schlosses geschärft — Zeichen einer willkürlichen politischen Trennung Deutschlands.

„Jugend im Blickpunkt“ hieß das Motto der Konferenz der JUNGEN GRUPPE. Das Bewußtsein, mit dem eigenen Engagement in den Blickpunkt vieler anderer zu gelangen, bildete die Delegierten nicht daran, offen zu diskutieren und auch einen Scheitern als Mittel des Ausgleichs zu verwenden.

Der einzige weibliche Delegierte dieser Konferenz war unsere Kollegin Christa Dohnt aus Bayern. Eine Anzahl Helferrinnen und Helfer stellte die JUNGE GRUPPE Berlin, deren Mitarbeit von der Konferenz dankbar begrüßt wurde.

als contra an der ‚Veränderung der Gesellschaft‘. Nur für Polizeiangehörige, die aus den Bereitschaftspolizei-Abteilungen und Polizeischulen direkt gegen ihre Altersgenossen auf den Straßen vieler bundesdeutscher Städte antreten mussten, gab es noch keine Jugendorganisation, die sich in die verbissene Diskussion einschalten konnte; in dieser Branche war man traditionsgemäß mit dem Dienst Eintritt (und sei es mit sechzehn Jahren) ‚erwachsen‘.“

Sprachlosigkeit gegenüber der Jugend

Aus dieser Gemengelage heraus entwi-

allem Funktionsträger in den GdP-Gremien, von der Notwendigkeit einer Jugendorganisation nicht unbedingt überzeugt waren. Viele der Älteren übten unter einer Sprachlosigkeit gegenüber dieser Jugend und verhielten sich mindestens passiv gegen all das Neue, das auf sie zukam. Sie hätten es nicht als Unglück empfunden, wenn die Gründung der JUNGEN GRUPPE (GdP) nach einiger Zeit mangels Masse an aktiven Mitgliedern, Ideen und Finanzierung als nicht machbar aufgegeben worden wäre. Doch es kam anders.

Befreiung von elterlicher Aufsicht

Bereits ein halbes Jahr vor der im Oktober 1968 ersten Bundesjugendkonferenz in Berlin, bei der Horst Geier durch die Delegierten auch gewählt und damit seine Einsetzung durch den GdP-Bundesvorstand auch durch die JUNGE GRUPPE (GdP) selbst demokratisch legitimiert wurde, zählte man in der Bundesrepublik bereits 70 aktive



Links: Berliner Delegierte stimmen ab — Rechts: Hessische Delegierte



1968

Die Delegierten der JUNGEN GRUPPE aus allen Teilen der Bundesrepublik trafen sich zu ihrer ersten Ordentlichen Konferenz vom 13. bis 15. Oktober 1968 in der internationalen Begegnungstätte Schloss Glienicke in Berlin.

Foto: GdP Archiv

1968

1. Bundesjugendkonferenz am 14. Oktober 1968 im Jagdschloss

Glienike in Berlin-Wannsee. Am Rednerpult der erste Bundesjugendvorsitzende Horst Geier. Am Tisch von rechts: der spätere zweite Bundesjugendvorsitzende Gerd Niehoff, links daneben der Landesjugendvorsitzende Berlin, Harry Böhl.

Foto: GdP Archiv

Generation, die ihre Zeit und sich selbst in Frage stellte, Politiker unsicher machte und Bürger erschreckte. Damit begann ein neuer Abschnitt für die Polizei, mit dem sie bei der Jugend zum ‚Buhmann‘ gemacht wurde, je hilfloser die Polizei reagierte. In kurzer Zeit machten alle Jugendverbände mobil und beteiligten sich mehr pro-

ckelte sich die JUNGE GRUPPE (GdP) Schritt für Schritt, im Innenverhältnis zur Mutterorganisation jedoch zunächst immer darauf bedacht, nicht den Eindruck zu vermitteln, als würde sie ein gewerkschaftliches Eigenleben entwickeln. Das war in den ersten Jahren durchaus angebracht, weil insbesondere ältere Gewerkschafter, vor-





2006

Klaus Steffenhagen (l.), Kölner Polizeipräsident a. D. sowie ehemaliger Bundesjugendvorsitzender, und Hugo Müller, Saarländischer Landespolizeivizepräsident, 2006 noch im Geschäftsführenden GdP-Bundesjugendvorstand verantwortlich für die JUNGE GRUPPE.

Foto: Holecek

JUNGE GRUPPEN. In den knapp zwei Jahren zuvor war es vor allem durch eine Vielzahl von Seminarangeboten seitens der DAG-Jugend gelungen, ehrenamtliche Jugendleiter aus- und fortzubilden, um sich fachlich gerüstet um die Jugendarbeit vor Ort zu kümmern. Die bestand nicht selten in den mit örtlichen DAG-Jugendgruppen zusammen durchgeführten Jugendtreffs, zu denen damals nicht nur Ge-



Sabrina Kunz war die erste und bisher einzige Frau an der Spitze der GdP-Jugend.

Foto: Holecek

werkschaftsmitglieder Zutritt hatten. Dort wurden damals in Ermangelung erst später erfundener Discotheken Tanzabende veranstaltet, bei denen aber auch politisiert wurde und bei denen sich junge Leute befreit von elterlicher Aufsicht untereinander mit ihren Problemen austauschen konnten. Das mag aus heutiger Sicht merk-

würdig klingen, wurde aber von den damals Jugendlichen wie ein Befreiungsschlag empfunden, die sich von ihren zumeist erzkonservativen Eltern zu emanzipieren versuchten. Die vornehmlich aus England kommende neue Musik zwischen Beatles, Rolling Stones, Kinks und The Who, schien dazu gerade prädestiniert, weil eben die elterliche Vorkriegsgeneration bei diesen Tönen vor allem den Untergang des Abendlandes befürchtete.

Umdenken auf beiden Seiten

Und dass ausgerechnet bei solchen Veranstaltungen plötzlich echte Polizisten aus dieser GdP-Jugend in ihrer Freizeit auftauchten, war für viele junge Leute geradewegs unglaublich. Es fing mit „Was, du bist bei der Polizei? Oh Gott!“ an und endete in oft endlosen Diskussionen, bei denen sich aber junge Menschen näher kennenlernten und sich über ihre gegenseitigen Probleme austauschen konnten. Das hat bei vielen zu einem Umdenken geführt – und zwar auf beiden Seiten. Und das was junge Polizisten an neuen Gedanken, neuen Argumenten aufgriffen, trugen sie im Laufe der Zeit in

1. BJK	Berlin	1968	Horst Geier, BE	Jugend im Blickpunkt
2. BJK	Kiel	1970	Gerd Niehoff, BE	Bereit zur Verantwortung
3. BJK	Stuttgart	1973	Klaus Schäfer, BW	Polizei von morgen: Experten der Sicherheit
4. BJK	Nürnberg	1976	Klaus Steffenhagen, NW	Sicherheit in Demokratie
5. BJK	Oldenburg	1979	Wolf-Dieter Hobbie, NI	Kind und Gesellschaft
6. BJK	Berlin	1982	Gerd Diefenthaler, NW	6. Bundesjugendkonferenz
7. BJK	Bremen	1986	Gerd Diefenthaler, NW	20 Jahre Jugendarbeit – JUNGE GRUPPE (GdP)
8. BJK	Saarbrücken	1990	Reinhard Soll, NW	Europa: Frieden, Freiheit, Sicherheit
9. BJK	Münster	1994	Günter Meiners, HH	Wir sind die Zukunft
		1996	Ralf Knosp, BW	
10. BJK	Halle a.d.Saale	1998	Thorsten Weiler, SL	Mit Volldampf ins 21. Jahrhundert
		2000	Jens Mohrherr, HE	
11. BJK	Lüneburg	2002	Sascha Göritz, NI	Aktie Ausbildung – Investitionen in die Zukunft
12. BJK	Potsdam	2006	Sascha Göritz, NI	40 Jahre Junge Gruppe – Wir bleiben am Ball
13. BJK	Potsdam	2010	Sabrina Kunz, RP	SOS – Schutzleute ohne Schutz
14. BJK	Potsdam	2014	Kevin Komolka, NI	WIR sind unsere Zukunft

1968-2014

Chronologische Aufstellung der bisher stattgefundenen Bundesjugendkonferenzen und ihr jeweiliges Konferenzmotto. Aufstellung: Diefenthaler

ihre gewerkschaftliche Jugendarbeit hinein und von dort aus war es nicht mehr weit, um in die Polizei selbst hineingetragen zu werden. Courage, kritische Fragen, selbstbewusstes Vertreten eigener Positionen, das war die Mischung mit der aus den JUNGEN



Unsere GdP-Jugend

Am 1. April hat der Gewerkschaftsvorstand in Düsseldorf die Richtlinien für die GdP-Jugend verabschiedet. Damit erhält die Jugendarbeit in unserer Gewerkschaft einen organisatorischen Rahmen, und die Ziele und Aufgaben der jungen Gewerkschaftsmitglieder in einer modernen Gewerkschaft werden sichtbar gemacht.

Gemeinsame Veranstaltungen und gemeinsame Arbeiten junger Mitglieder in der GdP sind nicht neu. Allerdings begrenzt sich solche Unternehmungen häufig. Es fehlt das Netz, das die Jugend in der GdP untereinander verbindet, und es mangelt ebenso an den Kontakten, die uns mit der Jugend außerhalb unserer Gewerkschaft enger zusammenführen. Vollkommen unzureichend blieben als Förderungsmöglichkeiten, die unser demokratischer Staat für die Jugendarbeit vorgesehen hat. Wenn die öffentliche Hand aber auf allen Ebenen, in den Kommunen, Bezirken ebenso wie in den Ländern und im Bund, Förderung und helfend der Jugend entgegenkommt, die sich aktiv um ihre eigenen Angelegenheiten kümmert, dann geschieht dies nicht von ungefähr. Vielmehr haben die verantwortlichen Kräfte in unserer freiheitlichen Demokratie erkannt, daß die jungen Menschen, die morgen in der Verantwortung für sich und für unsere Gesellschaft stehen werden, Gelegenheit haben müssen, ihren Weg zu suchen und insbesondere selbst suchen zu können. Das setzt aber voraus, daß die Jugend zu freiwilliger Gemeinschaft findet und daß der einzelne in dieser gemeinsamen Arbeit erkennt, wie sich die Entfaltung seiner Persönlichkeit im Zusammenwirken mit den anderen seiner Generation vollenden läßt. Damit wird das geschriebene Grundgesetz in die Praxis umgesetzt. Die Sache bekommt Leben.

Bei der personellen Auswahl unserer GdP-Jugend nach M. Demarec, in der gegebenen S. Die GdP in gewerkschaftlichen Praxen, trägt bei der Jugend, Aufgeschlossenheit bereit. Bei unserem Start sind wir verständnisvoller Freunde in der Sache.



Karl Heftel Hans Geier

wird ein Gefühl bei dem einzelnen dafür entstehen, daß er in der demokratischen Gesellschaft seinen Platz findet. Dem jungen Gewerkschafter wird klar werden, daß Eigenverantwortung der Preis für die Freiheit ist und daß soziale Rechte nur unter der Bedingung der Beteiligung an der gemeinsamen Arbeit gesichert werden können.

1966

Am 1. April hat der Gewerkschaftsvorstand in Düsseldorf die Richtlinien für die GdP-Jugend verabschiedet.

Foto: GdP Archiv

ragende Arbeit geleistet. Wir sind wappert.

Die junge fälligen Richtlinien unserer GdP-Jugend konnten ebenfalls beraten und verabschiedet werden. Neue Impulse für die Gewerkschaft

meinsamen Neigungen nach wird, aber auch jugendgemäß sein — das bedeutet den Konfliktorientierten Jugendliche werden den Inhalt der Jugend bilden. Dazu gehören Filmvorführungen, die durch gezielte Veranstaltungen nicht fehlen, da Jugend das Recht, sich in die Politik einzumischen, die Fragen anzusprechen, die man mit Jahren so ganz anders nicht, vierzig und fünfzig. Die Urabstimmung soll das Recht der Jugend sein, sich in die Politik einzumischen, die Fragen anzusprechen, die man mit Jahren so ganz anders nicht, vierzig und fünfzig. Die Urabstimmung soll das Recht der Jugend sein, sich in die Politik einzumischen, die Fragen anzusprechen, die man mit Jahren so ganz anders nicht, vierzig und fünfzig.

GRUPPEN heraus zunehmend mehr Veränderungen innerhalb der Polizei ausgelöst wurden.

Unzählige Auslandskontakte

Was in den Anfängen noch mit vielen Freizeitangeboten für junge GdP-Mitglieder begann, sollte sich im Laufe der Zeit immer mehr hin zur gewerkschaftspolitischen, vor allem aber auch zur gesellschaftspolitischen Arbeit entwickeln. Nicht zu vergessen vor allem unzählige Auslandskontakte, meistens in Europa, aber auch mit Israel, Ägypten oder 1976 aus Anlass der Olympischen Sommerspiele in Montreal mit vielen anderen Jugendorganisationen. Die von den Bundesjugendvorständen fortlaufend angebotenen Europa-Seminare haben längst legendären Ruf, ebenso wie die Drogen-Seminare in

JUNGE GRUPPE

1. Bundesjugendkongreß: Für Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa

Saarbrücken. Wenn es sich unter dem Eindruck der deutsch-deutschen Entwicklungen in den vergangenen Monaten etwas aus den Schlagzeilen gerückt ist, für die 8. Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE ist es Thema Nr. 1: Europa. Unter dem Motto „Europa: Frieden – Freiheit – Sicherheit“ fand vom 1. bis 3. April in der Kongreßhalle in Saarbrücken die 8. Bundesjugendkonferenz statt. Die 100 Mitglieder umfassender GdP-Jugendorganisation beschäftigten sich mit fast 100 gewerkschaftspolitischen Anträgen aus dem gesamten Spektrum der politischen Arbeit, und in sozialer Situation der Polizeibeschäftigten.

Die Wahlen zum neuen Bundesjugendvorstand und der „Führungswahl“ an die Spitze der JUNGEN GRUPPE: Gerd Dieffenbacher, acht Jahre und somit zwei Legislaturperioden, kandidierte aus Altersgründen nicht an der Spitze des Bundesjugendvorstandes. Die Arbeit in der Hand von Anke Schick. Die mit Beginn der neuen Bundesjugendvorstand seine Arbeit mit einem komplett neuen Team auf der Bundesgeschäftsstelle. Zu ihrem Schwerpunktthema kritisierten die jungen Kolleginnen und Kollegen, daß aufgrund der politischen Entwicklung in Deutschland der europäische Eingangsprozess verweigert wird und die Politik im Bereich der Jugend nicht mehr aus dem Blickfeld der Bundesjugendorganisationen verschwinden darf.

Die Wahlen zum neuen Bundesjugendvorstand und der „Führungswahl“ an die Spitze der JUNGEN GRUPPE: Gerd Dieffenbacher, acht Jahre und somit zwei Legislaturperioden, kandidierte aus Altersgründen nicht an der Spitze des Bundesjugendvorstandes. Die Arbeit in der Hand von Anke Schick. Die mit Beginn der neuen Bundesjugendvorstand seine Arbeit mit einem komplett neuen Team auf der Bundesgeschäftsstelle. Zu ihrem Schwerpunktthema kritisierten die jungen Kolleginnen und Kollegen, daß aufgrund der politischen Entwicklung in Deutschland der europäische Eingangsprozess verweigert wird und die Politik im Bereich der Jugend nicht mehr aus dem Blickfeld der Bundesjugendorganisationen verschwinden darf.

1990

Der 8. Bundesjugendkongress in Saarbrücken stand unter dem Thema „Europa: Frieden – Freiheit – Sicherheit“.

Foto: GdP Archiv

Zusammenarbeit mit der Deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren.

Nicht zu vergessen auch die JUNGE GRUPPE-Zeitschrift CONTACT, die, 1971 in Nordrhein-Westfalen gegründet, seit 1974 vom Bundesjugendvorstand herausgegeben wurde und in



2010

Positionen finden: Arbeitsgruppe bei der 13. Bundesjugendkonferenz.

Foto: Holecek





DP-Autor und ehemaliger Bundesjugendvorsitzender Gerd Diefenthaler

Foto: privat

den besten Zeiten eine Auflage von sechsmal jährlich 30.000 Exemplaren hatte. Die dort behandelten Themen wurden oft von der Medienlandschaft aufgegriffen und landeten in einigen Fällen sogar im Deutschen Bundestag. 2006 wurde CONTACT zugunsten neuer elektronischer Kommunikationsmöglichkeiten eingestellt.

Exot in der Polizei

Es würde den Rahmen sprengen, wollte man hier die Themenfelder der JUNGEN-GRUPPE-Arbeit über fünf Jahrzehnte hinweg beschreiben. Aber zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es praktisch kein gewerkschaftliches und gesellschaftspolitisches Thema gab, bei dem sich die JUNGE GRUPPE nicht eingebracht hätte. Sowohl innergewerkschaftlich wie auch später im Rahmen der DGB-Jugendarbeit. Und mit zunehmender Zeit auch immer öfter in der Öffentlichkeit, die anfangs oftmals verwirrt oder irritiert war, weil die Positionen der JUNGEN GRUPPE oft so gar nicht in das Bild passten, das man sich von der Polizei machte. So mancher JUNGE-GRUPPE-Funktionsträger kann ein Lied davon singen, wie oft man ihn für einen Exoten in der Polizei gehalten hat, nur weil er öffentlich Kritik an verkrusteten Polizeistrukturen vorgebracht hat. Und lange Zeit mussten sich dieselben JUNGE-GRUPPE-Ak-

teure innerhalb der Polizei anschließend den Vorwurf anhören, sie wären Nestbeschmutzer.

Themen ohne Ende

Es soll hier nicht überhöht werden, aber der in der Polizei in den letzten Jahrzehnten vollzogene Wandel einer Polizei-Kultur hat aus der JUNGEN GRUPPE heraus zahlreiche wichtige Anschläge erhalten. Gut, könnte man sagen, aber weitere Veränderungen tun sicherlich noch Not. Aber ja doch, müsste man antworten, darum werden sich künftige Generationen der JUNGEN GRUPPE kümmern.

Wenn es eine Lehre aus fünfzig Jahren JUNGE GRUPPE gibt, dann die: Die Themen gehen nie aus. Und wenn es einen großen Vorteil der altersbedingt hohen Fluktuation bei JUNGE-GRUPPE-Mitgliedern gibt, dann zweifelsfrei den, dass sich die Arbeit der JUNGEN GRUPPE ständig selbst erneuern muss und damit immer auf der Höhe der Zeit ist. Mögen „die Alten“ von ihren Erfahrungen reden, aber Sätze wie „Das haben wir noch nie gemacht“ oder „Das war schon immer so“, bis hin zum „Wo kommen wir denn da hin?“ sind in der JUNGEN GRUPPE traditionell tabu.

bleibt zum Schluss noch an diejenigen Menschen dankend zu erinnern, ohne die in nunmehr einem halben Jahrhundert die ehrenamtlich wirkenden Bundesjugendvorstände niemals das geschafft hätten, was sie geleistet haben. Gemeint sind die hauptsächlich bei der Bundes-GdP beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die, früher in Hilden, später in Berlin, für die JUNGE GRUPPE mit ungezählter Arbeit und häufig mit Überstunden Hervorragendes für die Jugendarbeit geleistet haben: Bundesjugendleiter Karl Herfurt, Bundesjugendsekretär Bernd Böwing, Karin Norbistrath, Annette Terweide, Nicole Thate, Michaela Prinz, Marc Behle, Dietmar Michael, Anja Weusthoff, Horst Müller, Bundesjugendleiter Torsten Rohde, Samira Memed, Tanja Richter und Jacqueline Michelsohn. Diejenigen, die Karl Herfurt und Karin Norbistrath zu Lebzeiten kannten, werden ihnen sicherlich immer wieder gedenken.

1 Einsatzstiefel
MAGNUM® "Must 5.0 WP"
 Art.-Nr: 87801327-Größe
 Farbe: schwarz; Größen: EU 39 - 48
 Obermaterial: wasserdichtes, atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder. Vibramsohle. Sehr leichter Einsatzstiefel-/schuh.

AKTIONSPREIS**
€ 69,90
 statt 99,99*

Größe US	7	7,5	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

2 Taschenleuchte
"Quiqlite X UV" LED Akku
 Art.-Nr: QL-XUV
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
 Gewicht: 42 g; Leistung: 75 Lumen
 Wiederaufladbare Lampe mit einer weißen und einer ultravioletten LED inkl. Diffusorauflauf XFLARE. Ideal zur Prüfen von Sicherheitsmerkmalen auf Ausweisen und Banknoten.

AKTIONSPREIS**
€ 69,90
 statt 84,99*

3 Rucksack COP® 939
"Tactical Single Sling"
 Art.-Nr: 939 BAG-S
 Maße: 48 x 30 x 6 cm (B x H x T)
 Farbe: schwarz; Volumen: 11 l
 Kleiner, taktischer Rucksack aus reiß- und abriebfesten Nylon und luftdurchlässigen Einlagen am Rücken und Schultergurten mit tollen Features. Mit Einschubfach zur Anbringung von Klettholstern.

AKTIONSPREIS**
€ 49,90
 statt 69,99*

4 Viper Tactical Rucksack
 Art.-Nr: VT-VLVBAGBLK
 Farbe: schwarz
 Material: 600D Nylon
 Volumen: 25 Liter
 Taktischer Rucksack aus reiß- und abriebfesten Nylon mit luftdurchlässiger, gepolsterter Einlage am Rücken und an den Schultergurten.

AKTIONSPREIS**
€ 49,90
 statt 69,99*

5 Under Armour®
"Undeniable II"
Rucksack
 Art.-Nr: UA12639635
 Größe: 48 x 30 x 20 cm (H x B x T)
 Material: 100 % Polyester
 Farbe: schwarz
 Volumen: 30 Liter
 Leichter Rucksack mit wasserabweisender Storm®-Imprägnierung des Außenmaterials.

AKTIONSPREIS**
€ 49,90
 statt 74,99*

6 Cargo-Hose
DEFCON5®
 Art.-Nr: 34HD55W-Größe
 Material: RipStop: 58% Baumwolle, 40% Polyester, 2% Spandex
 Farbe: schwarz. Die DEFCON5® Cargo-Hose mit extrem starken Nähten und doppeltem Gesäßboden für längere Haltbarkeit und hohe Strapazierfähigkeit. Für Gürtel bis 60 mm Breite.

AKTIONSPREIS**
€ 59,90
 statt 89,99*

7 Einsatz- u. Zugriffshandschuh
COP® DGF200TS
 Art.-Nr: 32F200TS-Größe
 Größen: XS - 3XL
 Knöchelschutz nach EN13594:2002 getestet
 Außenmaterial: 100% Rindsleder
 Innenmaterial: 100% Polyester mit Innenfutter!

AKTIONSPREIS**
€ 29,90
 statt 49,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
 ** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2016

Bundeswehr und Personallage der Polizei im Fokus politischer Gespräche des GdP-Bundesvorsitzenden

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, hat seine regelmäßigen Gespräche mit Politikern in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle fortgesetzt.

Demonstrationen sowie die Lage beim Extremismus von Rechts und Links. Malchow verdeutlichte, dass die Belastungsgrenze der Polizei oftmals be-

Wehrbeauftragter des Bundestages in Berliner Bundesgeschäftsstelle

So traf er im September mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels, zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zusammen. Angesichts der seit Wochen anhaltenden kontroversen Debatte über einen Einsatz der Bundeswehr im Innern sprach sich der Gewerkschafter dabei erneut gegen jegliche politische Versuche einer möglichen Grundgesetzänderung aus.

An der klaren Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben dürfe auch vor dem Hintergrund von Terrorlagen nicht gerüttelt werden, betonten beide Seiten. Die von Bundesinnenministerium und Verteidigungsministerium für kommenden Jahr angekündigte gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr dürfe, wenn überhaupt, nur im Rahmen des bestehenden Rechts erfolgen.

Weitere Themen des Gesprächs mit Dr. Bartels in der GdP-Bundesgeschäftsstelle waren die unterschiedliche Ausbildung und die verschiedenen Strukturen von Polizei und Bundeswehr sowie die polizeiliche Ausstattung. Der Wehrbeauftragte nimmt als „Anwalt der Soldaten“ und



Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sprach mit dem Wehrbeauftragten des Bundestages, Dr. Bartels (l.).
Foto: Zielasko

zugleich Hilfsorgan des Parlaments eine besondere Stellung bei der Kontrolle der Streitkräfte innerhalb des parlamentarischen Systems ein – dabei ist er weder Mitglied des Bundestages noch Beamter.

Innenexpertin der Bundestags-Linksfraktion bei der GdP begrüßt

Auch bei einer Unterredung des GdP-Bundesvorsitzenden mit der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, ging es um einen Bundeswehreinsatz im Innern. Weitere Schwerpunkte des Gesprächs Anfang September waren die personelle Lage der Polizei, das Einsatzgeschehen bei

reits überschritten sei und sich deshalb die politisch Verantwortlichen in den Bundesländern deutlich mehr für die innere Sicherheit einsetzen müssten. Vierterorts seien angesichts der vielen Aufgaben kaum noch Polizistinnen und Polizisten zu Fuß auf den Straßen als Ansprechpartner anzutreffen.

Im Juni hatte sich Malchow mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Marian Wendt zu einem politischen Positionsaustausch getroffen. Dabei wurde auch die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte erörtert. Der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Saarlands Ressortchef Klaus Bouillon, war im Mai beim GdP-Bundesvorsitzenden zu einem Informationsbesuch zu Gast.

wsd



„Ein Flickenteppich von 17 Bereitschaftspolizeien“

Anfang November dreht sich in Kassel beim Symposium „Bereitschaftspolizei: Der Pfeiler im sicherheitspolitischen Gesamtgefüge“ alles um die Geschlossenen Einheiten der deutschen Polizei in den Ländern und des Bundes. DEUTSCHE POLIZEI sprach mit Jürgen Herdes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP), einem der Veranstalter des Expertentreffens. Der 48-Jährige ist seit fast 20 Jahren in der Bereitschaftspolizei und seit 10 Jahren Leiter der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit Schleswig-Holstein. Den BFA-BePo führt der Norddeutsche seit Januar 2015 an.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Ein Pfeiler ist im Allgemeinen solide, hält was aus und hat ein gutes Fundament. Dann ist doch alles gut bei der Bereitschaftspolizei?

Jürgen Herdes: Ein Pfeiler steht in der Regel in einem Fundament aus Beton. In den vergangenen Jahren ist aufgrund der allgemeinen Sicherheitslage leider sehr an diesem Fundament gerüttelt worden. Stellenabbau, Kürzung der Haushaltsmittel und immer neue Aufgaben mit immer weniger Personal waren an der Tagesordnung. Es ist ja „nichts passiert“. Im Grunde ja gut, aber der Beton, und damit das Fundament, bröckelte bedrohlich. Der Pfeiler stand und steht, das Fundament jedoch, das die Politik zu verantworten hat, ist in dieser Zeit von den Kräften gestützt wor-

den. Zu einem hohen Preis. Berge von Überstunden, hohe Krankenstände und Kollegen, die nur eingeschränkt dienstfähig sind oder über lange Zeit komplett ausfallen. Nein, es ist bei Weitem nicht alles gut bei der Bereitschaftspolizei.

DP: Diese Kritikpunkte sind ja nicht neu, leider. Wird aufgrund der veränderten Sicherheitslage jetzt alles besser?

Herdes: Mit der neuen Sicherheitslage hat sich die Sichtweise verändert! Die alte Erkenntnis „es muss erst etwas passieren“ hat hier leider wieder einmal gegriffen. Plötzlich wird reagiert. In fast allen Ländern und bei der Bundespolizei wird mehr Personal eingestellt. Teilweise können aber auch schon jetzt Stellen in den Ländern nicht besetzt

werden, weil man einfach nicht genügend geeignete Bewerber findet. Die dann ausgewählten neuen Kolleginnen und Kollegen müssen erst einmal ausgebildet werden und erste Einsatzerfahrungen sammeln. Hinzu kommen Probleme wie Unterbringungs- und Ausbilder-Kapazitäten. Die Qualität der Auswahl und Ausbildung darf aber auch nicht leiden.

In Deutschland sind nach den Anschlägen in Frankreich und Belgien die Sicherheitsvorkehrungen deutlich verstärkt worden. Kontrollen des Flug- und Zugverkehrs, mehr sichtbare Polizeipräsenz, an besonders kritischen Orten sieht man Kollegen mit robuster Ausstattung im Einsatz. Zudem werden sogenannte islamistische Gefährder und ihre Sympathisanten in Deutschland verstärkt überwacht.

Öffentliche Veranstaltungen sollen nicht abgesagt werden, weil man damit der Bedrohung nachgeben würde. „Diesen Sieg werden wir ihnen nicht gönnen“, sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Deutschland ist weiter im Visier des internationalen Terrorismus. Ob alles besser wird, können wir wohl frühestens in etwa fünf Jahren beurteilen. Wir sind aber mindestens auf einem besseren Weg.

DP: Aber selbst wenn nun viele neue Kolleginnen und Kollegen in die Polizei kommen, wie lange brauchen sie, um sich die für die BePo notwendige Erfahrung anzueignen?

Anzeige



PMRExplo

2016

PROFESSIONELLER MOBILFUNK UND LEITSTELLEN

22. bis 24. Nov. 2016, Koelnmesse

- Fachmesse • PMR-Konferenz
- Leitstellenkongress • Fachforen
- Fachtagung PMR für Versorgungsunternehmen
- PMRExplo Career

www.pmrexpo.de

Sie finden uns auch Online:    

Weitere Informationen senden wir Ihnen gerne zu.
Ihre Ansprechpartnerin:
Stefanie Scharfschwerdt
Tel. +49 (0) 69/710 46 87-179
stefanie.scharfschwerdt@ew-online.de

Eine Veranstaltung von








Zahlreiche Fußballspiele sind ohne die Anwesenheit der Polizei nicht sicher durchzuführen. Foto: Foto Huebner/dpa

Herdas: Erfahrung, Routine und professionelle Gelassenheit erreicht man in der Bereitschaftspolizei erst nach drei bis fünf Jahren. Zwei bis drei Jahre sind mindestens notwendig, ansonsten wird das nichts mit der Professionalität. Es ist ja auch nicht so, dass bei jedem Einsatz alle Fähigkeiten benötigt und somit trainiert werden. Viele Einsätze bestehen auch aus reiner Anwesenheit und Abwarten.

DP: Haben die jungen Beamtinnen und Beamten überhaupt noch die Zeit, zu lernen und auch Fehler zu machen?

Herdas: Aus Fehlern wird man klug, heißt es. Doch in Wahrheit schätzt wohl niemand Einsatzsituationen, die schiefe gehen und man auf die Nase fällt oder man etwas auf dieselbe bekommt. Und niemand gesteht sich gerne ein, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben oder im Einsatz gescheitert zu sein. Aber es passiert natürlich im-

mer wieder. Mit unterschiedlichen Folgen.

Vielleicht ist das Geheimnis der Bereitschaftspolizisten, dass wir negative Gedanken schneller abstellen können, weil wir oftmals einfach funktionieren müssen. Jeder denkt über negative Erfahrungen mehr nach als über positive, aber vielleicht kommen Bereitschaftspolizisten besser damit klar, weil wir weniger Zeit zum Grübeln haben. Wichtig ist, über diese Fehler dann sachlich und konstruktiv zu sprechen, damit andere aus diesen Erfahrungen lernen können. Wir arbeiten lösungsorientiert und lernen im Einsatz, im kalten Wasser.

DP: Die „alten Hasen“ fallen ja als Ratgeber zunehmend weg, wenn die demographische Entwicklung ihre Wirkung bei der BePo entfaltet ...

Herdas: Auch die Bereitschaftspolizei muss sich dem demographischen Wandel stellen und auf eine veränderte Personalpolitik setzen. Wenn sich die Altersstruktur verschiebt, wird dies Konsequenzen für die Einsatzeinheiten haben. Die bundesweit unterschiedliche Verwendungsdauer der Beamtinnen und Beamten in der Bereitschaftspolizei wird somit auch erhebliche Auswirkungen auf den Einsatzwert der Einheiten haben. Wir müssen also rechtzeitig einen Wissenstransfer von den „alten Hasen“ zu den „jungen Füchsen“ hinbekommen.

DP: Und da gibt es ja auch noch den Föderalismus. Müssen die Geschlossenen Einheiten nicht viel einheitlicher ausgebildet, ausgestattet und geführt werden? Die Zahl der länderübergreifenden Unterstützungseinsätze steigt doch kontinuierlich.

Herdas: Die Bereitschaftspolizei ist eine wesentliche Säule in der Sicherheitsarchitektur des Bundes und der Länder. Wir müssen vielseitig einsetzbar, immer verfügbar und miteinander kompatibel sein. Einheitliche Standards sind daher zwingend erforderlich. Der Föderalismus läuft dem natürlich deutlich entgegen. Dieser gestattet den Ländern und dem Bund eine größtmögliche Eigenständigkeit, auch bei der Gestaltung der Bereitschaftspolizeien. Wir haben inzwischen einen Flickenteppich von 17 Bereitschaftspolizeien. Jeder reformiert, optimiert und modifiziert seine BePo, strukturiert um, schafft Synergien und so weiter. Jeder erfindet sich neu. Und manchmal, so mein Eindruck, nur um sich selbst erfunden zu haben. Die Uniformen sind ein gutes Beispiel dafür.

Der Bund beschafft im Rahmen des Verwaltungsabkommens für die Bereitschaftspolizeien Führungs- und Einsatzmittel. Diese einheitliche Ausstattung mit beispielsweise Funk, Fahrzeugen, Bewaffnung und Ausrüstung gewährleistet eine sachgerechte und standardisierte Aufgabenerfüllung. Wenn sich der Bund aus dieser Verpflichtung zurückzieht, wird die Zusammenarbeit und damit letztlich der Einsatzerfolg stark gefährdet.

DP: Was heißt das als Konsequenz?

Herdas: 2015 haben wir zum ersten Mal die Grenze von 200 länderübergreifenden Einsätzen überschritten. Zum Vergleich, 2005 waren es noch 89 Einsätze. Das hat zur Folge: Die Einsatzeinheiten müssen einheitlich ausgebildet und ausgestattet sein. Es gab Zeiten, da haben wir länderübergreifende Übungen durchgeführt. Diese Zeiten sind vorbei.

DP: Kollege Herdas, Du bist ja schon länger dabei. Was hat sich seit Deinen ersten Tagen gravierend verändert?

Herdas: Gravierend verändert hat sich seit meinen ersten Tagen die Einsatzbelastung. Die Taktung und der schnelle Wechsel sind enorm. Ich habe mal gesagt, für „Bereitschaft habe ich keine Zeit“. Das ist leider weiterhin so.

Gut ausgebildetes und vor allem ausreichend Personal sind Grundvoraussetzungen für eine qualitativ hochwertige und sichere Aufgabenerfüllung. Der Bund und die Länder als Arbeitgeber entwickeln bereits seit Jahren Konzepte zur polizeilichen Nachwuchsgewinnung. Sie stehen aber nicht nur untereinander in einem besonderen Konkurrenzverhältnis, sondern auch zu





BePo-Experte Jürgen Herdes Foto: privat

sonstigen Arbeitgebern. Der Polizeiberuf insgesamt muss attraktiv sein. Das gilt auch für die BePo.

DP: Wo hakt es?

Herdes: Diese Attraktivität geht leider verloren. Besondere Anreize wie eine „Erschwerniszulage für die Bereitschaftspolizei“ gibt es nicht. Im Gegenteil, gerade der finanzielle Nachteil – im Abgleich zum polizeilichen Einzeldienst – durch den Wegfall der Wechselschichtzulagen, die unbeständige Dienstplanung und die unterschiedliche Vergütung von Bereitschaftszeiten und Ruhezeiten bei länderübergreifenden Einsätzen machen die Überzeugungsarbeit sehr schwer. „Warum soll ich mir das antun?“, lautet die Antwort immer häufiger.

DP: Und wie kommt man mit der Gewalt und der Respektlosigkeit zurecht? Kann man das an seinen freien Tagen oder vielleicht sogar schon im oder unmittelbar nach dem Einsatz direkt abschütteln?

Herdes: Hier möchte ich noch einmal unseren Bundesinnenminister Thomas de Maizière zitieren: „Sie können erwarten, dass nicht nur die Politiker, sondern die ganze Gesellschaft, für die Sie Ihre Arbeit machen, sie auch dann unterstützt, wenn es mal schwierig wird“, wie er auf dem 25. Ordentlicher GdP-Bundeskongress in Berlin sagte. Schöne Worte. Ja, erwarten kann ich das! Aber wird das gelebt?

Das Bundesverfassungsgericht hat gerade erst entschieden, dass die Meinungsfreiheit auch pauschale Polizistenbeleidigung einschließt (A.C.A.B.). Mehr muss man dann dazu nicht sagen.

Ich kann das nach den vielen Jahren gut abschütteln. Die „jungen Füchse“ müssen auch hier erst „alte Hasen“ werden. Zufriedenheit sieht anders aus.

DP: Im Sommer kommenden Jahres treffen sich die Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Hamburg. Kritiker befürchten schwere Krawalle und vermuten eine, wenn nicht die größte Belastungsprobe der deutschen Polizei jemals ...

Herdes: Bei den Protesten gegen zurückliegende Treffen der G20 ist es regelmäßig zu Krawallen gekommen. Demonstranten zündeten Einsatzfahrzeuge an, Geschäfte wurden geplündert, eingesetzte Kollegen wurden mit Steinen und Flaschen beworfen. Ich habe bereits drei G8/G7-Gipfel in Deutschland begleitet und auch diese Erfahrungen gemacht. Ich gehe nicht davon aus, dass es in Hamburg ruhig und friedlich bleibt. Leider.

Zunächst einmal ist der Anlass wie jede polizeiliche Großlage zu behandeln. Wir haben allerdings alle auch das Thema Terror im Hinterkopf. Das muss hier mit bedacht werden. Letztlich mit Einsatzkräften. Ja, eine sehr große Belastungsprobe für die Polizei.

gen Haikel gekümmert. Es geht ihm schon etwas besser. Er hat ja mal alles raus gelassen und sich Luft verschafft. Er hat sehr großen Zuspruch aus dem Freundes- und Kollegenkreis erhalten. Viele positive Reaktionen von Gleichgesinnten, bis hin zu großem Dank, dass Dinge endlich mal ausgesprochen wurden, die der eine oder andere schon lange mit sich herumgetragen hat.

DP: Und was erwartest Du Dir von der kommenden Veranstaltung?

Herdes: Ich hoffe, dass wir mit unserem Symposium im November die Attraktivität und die Qualität der Bereitschaftspolizei noch weiter nach vorne bringen. Wir befassen und dort mit zukunftsfähiger Technik und Ausstattung, einer sozialen Bereitschaftspolizei, also insbesondere gesundheitlichen Fragen und letztlich auch mit dem Stellenwert der Bereitschaftspolizei im Sicherheitsgefüge der Polizei. Ich freue mich auf spannende Tage in Kassel.

DP: Lieber Kollege Herdes, vielen Dank.

Das Gespräch führte DP-Redakteur Michael Zielasko.



DP: Du hattest in einem Beitrag der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift die BePo sprichwörtlich auf die Therapeutencouch gelegt. Hat's geholfen? Wie waren die Reaktionen?

Herdes: Frau Dr. Sieglinde Freudlich hat sich sehr gut um den Kolle-

Unfriedlich verlaufende Demonstrationen sind mittlerweile täglich' Brot für die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei.

Foto: Guido Kirchner/dpa



Bundesteilhabegesetz (BTHG) im Bundestag

GdP übersendet Stellungnahme an Politik

Der Gesetzesentwurf des Bundeskabinetts zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) von Ende Juni hat den Bundestag erreicht. Der Entwurf sollte nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 22. September als Drucksache 18/9522 im Plenum behandelt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übersandte im Vorfeld der Debatte allen Fraktionen sowie weiteren politisch handelnden Personen eine Stellungnahme zum Gesetz. In das Papier sind die Kritikpunkte, Ergänzungen und Forderungen der GdP-Kommission für Belange von Menschen mit Behinderung in der Polizei eingeflossen (siehe DP 9/16).

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand für diesen Bereich, appellierte in dem Schreiben an die Fraktionen im Bundestag und der Ausschüsse, die angeführten Punkte mit in das BTHG aufzunehmen.

Schilff betonte: „Alle politisch Verantwortlichen sind sich einig, dass

die Schwerbehindertenvertretungen wichtige Institutionen sind. Sie sind der Motor der Inklusion und bemühen sich massiv, die von Behinderungen bedrohten Beschäftigten im Arbeitsprozess zu halten. Die Politik muss nunmehr mit dem BTHG auch die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen verbessern. Das erwartet die GdP im Namen der schwerbehinderten Menschen in der Polizei.“

Die GdP bleibt auch hier am Ball und wird über den Fortgang der Debatte im Bundestag berichten.

DS

VERANSTALTUNG

DEUTSCHE POLIZEI präsentierte sich in der Bundespressekonferenz

Nein, die große Hitze hat der guten Stimmung am 18. Tag der offenen Tür der Bundesregierung Ende August in Berlin nicht geschadet. Zwar war mit rund 100.000 Besucherinnen und Besuchern etwas weniger „Volk“ beim „Staatsbesuch“ als im Vorjahr, doch das Bundeskanzleramt, das Bundespresseamt, die Ministerien, erstmalig auch der Bundesnachrichtendienst und nicht zuletzt die Bundespressekonferenz (BPK) stellten sich erneut als attraktive wie hoch frequentierte Stationen des politischen Zentrums hierzulande heraus. Denn hinter die Kulissen können im Alltag nur wenige Menschen blicken. Einen direkten Draht zu Ministern und weiteren bekannten Politgrößen fanden interessierte Bürger vor allem in den Räumlichkeiten der BPK. Auch die DEUTSCHE POLIZEI war in dieser weltweit einzigartigen Institution mit einem gut besuchten Stand vertreten.

Mitte Oktober 2014 hatte die Bundespressekonferenz in Anwesenheit von Joachim Gauck ihren 65. Geburtstag gefeiert. Mitglied kann der Vereinsatzung zufolge nur werden, wer hauptberuflich für deutsche Medien aus Berlin oder Bonn über Bundespolitik berichtet. Derzeit seien dies rund 900 Parlamentskorrespondenten. In keinem anderen Land aber, und das ist das Einzigartige dieses Vereins, organisieren Journalisten ihre Pressekonferenzen mit den maßgeblichen Persön-

lichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur selbst, erläuterte der aktuelle BPK-Vorsitzende, Dr. Gregor Mayntz, Korrespondent für die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“, den Besuchern die Ausnahmestellung der BPK. Seit 2006 nimmt die BPK am Tag der offenen Tür der Bundesregierung teil, lediglich 2009 und 2012 blieben die Pforten geschlossen.

So nutzten auch dieses Jahr Hunderte von Menschen die Gelegenheit, im Saal mit der berühmten blauen



Viel Gequake gibt es normalerweise nicht in der Bundespressekonferenz, liebe Ente. Foto: Zielasko

Wand der großen Politik so nahe zu kommen, wie es sonst kaum möglich ist. Natürlich spielten vor allem aktuelle Themen die Hauptrolle in den – so der BPK-Jargon – Bundespressekonferenzen beider Tage.

Grüne wollen mehr Polizei

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, stellte sich als Erste den Fragen,



VERANSTALTUNG



so zur Flüchtlingssituation sowie zur Debatte um ein mögliches Burka- oder Burkini-Verbot. Sie erkenne eine Veränderung der Willkommenskultur gegenüber 2015. Trotzdem sehe sie die Chance zu einem neuen Aufbruch. Mit einem Bekleidungsverbot würde jedoch nichts erreicht, sondern nur mit Aufklärung. Bei der Beantwortung dieser Frage müsse Vernunft walten. „Früher, als der Bikini aufkam, wurde darüber diskutiert, wie viel zu wenig Stoff ist, heute wie viel zu viel Stoff ist. Erinnern wir uns bitte daran, dass das Burka-Verbot zuallererst Teil einer Sicherheitsdebatte war.“

Am DP-Stand bekräftigte Göring-Eckardt die Forderung der Grünen

nach mehr Polizei und einer besseren Ausstattung. Dazu stünde ihre Partei nach wie vor, auch wenn es dazu durchaus noch viel Gesprächsbedarf aus den Landesverbänden gebe. Aufgeschlossen zeigte sich die Grünen-Fraktionsspitze auch gegenüber einer von der GdP ins Spiel gebrachten deutlich besseren Förderung des privaten Einbruchschutzes.

Keine Ahnung

Auch die Pressekonferenzen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke), Vize-

Der schon ziemlich lange Tisch der Bundespressekonferenz nähert sich stark seinen Kapazitätsgrenzen, wenn die Sprecher der Bundesregierung sich ein Stelldichein geben.

Foto: Zielasko

kanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel, dem Fraktionsvorsitzenden der Linken, Dietmar Bartsch, sowie Bundesinnenminister Thomas de Maizière lockten viele Besucher in die BPK. Ein besonders beliebter Programmpunkt ist im Übrigen der traditionelle Auftritt des Regierungssprechers Steffen Seibert in Begleitung der kompletten Riege der Ministeriumssprecherinnen und -sprecher, zu der im bundespo-



Bundestagsvizepräsidentin und GdP-Mitglied Petra Pau (Die Linke) zu Besuch am DP-Tresen.

Foto: Zielasko



Die DP-Redakteure Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko (l.) im Gespräch mit Besuchern der Bundespressekonferenz.

Foto: Ursula-Anne Ochel



VERANSTALTUNG



Dr. Johannes Dimroth (r.), Sprecher des Bundesinnenministeriums, antwortete zur Olympiateilnahme seines Chefs. Regierungssprecher Steffen Seibert (l.) mit einer kleinen Konzentrationspause. „taz“-Journalistin und BPK-Vorstandsmitglied Anja Maier moderierte.

Foto: Zielasko



„Und zweitens ...“: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière erläuterte einem „ausverkauften“ Pressesaal, das Maßnahmenpaket seines Ministeriums für eine verbesserte Terrorabwehr. Das interessierte auch Dr. Gregor Mayntz, Vorsitzender der Bundespressekonferenz e.V. und Korrespondent der „Rheinischen Post“.

Foto: Zielasko



Großer Publikumsandrang bei den Bundespresskonferenzen prominenter Politiker.

Foto: Zielasko



VERANSTALTUNG



Die Flüchtlingssituation und das Burka-Verbot standen im Mittelpunkt der Pressekonferenz mit Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsspitze von Bündnis90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Im Bild rechts; Ute Welty, freie Journalistin und BPK-Vorstandsmitglied. Foto: Zielasko



Auch um das Große und Ganze ging es, wie hier bei der Pressekonferenz von Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks. Foto: Zielasko



Noch mit Sakko beim O-Ton, Linken-Fraktionsspitze Dietmar Bartsch vor seinem BPK-Auftritt. Foto: Zielasko



Vizekanzler, Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzender in einer Person: Sigmar Gabriel hatte nicht nur Antworten, sondern auch gute Tipps parat. Foto: Zielasko



Großes Interesse am Stand der Redaktion DEUTSCHE POLIZEI. Foto: Zielasko



litischen Alltag gleich dreimal in der Woche in den Pressesaal geladen wird.

W ä h r e n d Hendricks sich unter anderem mit der zunehmenden Verschmutzung der Meere konfrontiert sah, sah sich Bundeswirtschaftsminister Gabriel zumindest bei einer Detailfrage im Zusammenhang mit der Bundesnetzagentur, dem Luftverkehr und der Regulierung von Flughafengebühren zur Kapitulation gezwungen. „Keine Ahnung. (Kurze Pause, Gelächter, dann Beifall) Also, wenn ich Ihnen mal einen politischen Tipp gegen darf: Den Politiker, der Ihnen auf alle Fragen eine Antwort geben kann, den würde ich schon mal nicht wählen.“

Petra Pau verriet den DP-Redakteuren, als sie nach ihrer Pressekonferenz ihren Worten zufolge „noch meiner Gewerkschaft“ einen Besuch abstattete, dass sie nur zweimal zur vermeintlichen „Füller-Affäre“ im Bundestag vernommen wurde. Sichtlich wohlher habe sie sich bei der Frage gefühlt, was eine Bundestagsvizepräsidentin denn überhaupt so mache. Aspekte und Maßnahmen zur Terrorabwehr standen dagegen in Bundesinnenminister de Maizières Pressekonferenz im Fokus des Interesses.

Boah, ist das heiß!

Einige Besucherinnen und Besucher hatten die Gelegenheit, das Zustandekommen eines sogenannten O-Tons live mitzuerleben. Protagonist dessen war Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch, der vor der Treppe zum BPK-Pressesaal von einem Team des ARD-Hauptstadtstudios zu einer Äu-



So gläsern wie der Pressesaal der BPK sollte auch die Politik und politisches Handeln sein, oder?

Foto: Zielasko

ßerung des SPD-Vorsitzenden Gabriel vernommen wurde. Bartsch, der noch ein paar Minuten Zeit bis zu seinem Auftritt vor der blauen Wand hatte, schaltete sich spontan in den Wahlkampfmodus und formulierte druckreif die Positionen seiner Partei, und das, ganz offiziell fernsehgerecht, in seinem Sakko. Kaum hatte der Kameramann das Ende-Signal gegeben, streifte Bartsch blitzschnell mit einem Riesenschнауfer sein Jackett vom Leib und gab mit einem beherzten „Boah, ist das heiß hier“ zusätzlich noch eine gänzlich parteipolitisch neutrale Bewertung der Klimasituation in der Bundespressekonferenz ab. Diese fand natürlich nicht den Weg in die „Tagesschau“, und seine Pressekonferenz absolvierte der Politiker übrigens auch Sakko-los.

Mehr polizeiliche Präsenz

Zahlreiche Besucherinnen und Besucher suchten vor, zwischen, während und nach den Pressekonferenzen am DP-Stand auch das Gespräch mit den beiden Redakteuren vor Ort. In Erinnerung blieb, dass die Polizei bei den Bürgern weiterhin hohes Vertrauen genießt. Viele Besucher hatten zu-

dem die GdP aufgefordert, sich auch weiterhin mit Verve und Ausdauer für ihre Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Klar wurde ebenso, dass die Bevölkerung eine präsenze Polizei in der Öffentlichkeit wünscht, vielen Menschen die zunehmende Gewalt gegen die Polizei große Sorgen bereitet.

Eingesackt

Selbstverständlich erfreuten auch die kleinen GdP-Präsente sich beim Publikum erneut großer Beliebtheit. Den diesjährigen Top-Hit landete die Polizei-Quietsche-Ente, gefolgt von Anti-Stress-Bällen, Schlüsselanhängern und – wie der Redaktion versichert wurde – wohlschmeckenden Gummibären. Eine interessante Erfahrung der DP-Redakteure war die Selbstlosigkeit der zahlreichen Sammler und Jäger. „Eingesackt“ wurde nämlich vor allem für den Nachbarn, den Schwiegersohn, die zahlreichen Enkel, für jemanden, der es braucht, für Kinder oder für jemanden, der Polizist war, ist oder werden will.

mzo



THEMA STRASSENVERKEHR



Internationalität im deutschen Straßenverkehr

Ein Leitfaden für die Kontrolle
ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**.

1. Auflage 2015

Umfang: 368 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 26,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0751-2

Dieses Buch ermöglicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Es basiert auf dem in drei Auflagen erschienenen Titel „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“. Dieser wurde von seinem Autor komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich um die Themen „Kennzeichnung elektrisch betriebener Fahrzeuge“ und „Elektrofahrräder“ erweitert. Eine weitere Neuerung sind die farbigen Abbildungen, die mit der Darstellung einzelner Fahrzeuge sowie von Führerscheinen, Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen dem Leser eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei seiner Arbeit bieten.



Fahrerlaubnisrecht

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.

5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0746-8

Das vorliegende Werk kombiniert die Anforderungen insbesondere der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen sowie ausführlichen Fußnotenverweisen auf einschlägige Quellen in Literatur und Rechtsprechung behandelt der Autor die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, hauptamtlicher Dozent für das Fach Verkehrsrecht/Verkehrssicherheitsarbeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Wiener Übereinkommen geändert

Von Ewald Ternig

Das 4. Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anfang März in Potsdam beschäftigte sich in vier Arbeitskreisen mit der Problematik des automatisierten und in der Zukunft auch autonomen Fahrens (siehe DEUTSCHE POLIZEI 4/16). Vieles hing in dem Zusammenhang von Gesetzesänderungen ab. Eine umfassende Bedeutung kommt dem Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr zu.

Der Artikel 8 des Abkommens beschäftigt sich mit dem Fahrzeugführer und macht in Absatz 1 deut-

musste dieses Abkommen überarbeitet werden.

Der Bundesrat hat nun in seiner Sitzung vom 17. Juni diesen Änderungen



Einfach mal die Hände in den Schoß legen. Okay, aber beim Autofahren?

Foto: Daniel Naupold/dpa

lich, dass jedes Fahrzeug einen Führer haben muss. Dieser muss das Fahrzeug ständig beherrschen (Absatz 5). Sein Artikel 13 Absatz 1 regelt die Beherrschbarkeit des Fahrzeugführers mit der an den Verkehrsverhältnissen angepassten Geschwindigkeit. In der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) wird dies in Paragraph 3 deutlich. Diese Bestimmung fordert, dass der Führer eines Fahrzeugs nur so schnell fahren darf, dass er sein Fahrzeug ständig beherrscht.

Da jedoch in einigen Fahrzeugen schon Systeme verbaut sind, die es dem Fahrzeugführer ermöglichen, gewisse Fahraufgaben abzugeben, stellt sich die Frage, ob dies mit dem genannten Übereinkommen konform geht. Dazu

zugestimmt. Begründet wird dies damit, dass die Voraussetzungen des Artikels 8 Absatz 5 und Artikel 13 Absatz 1 des Wiener Übereinkommens über den Straßenverkehr mit der im März 2014 ergänzten Regelung des Absatzes 5 bis in Artikel 8 als erfüllt angesehen werden, wenn Fahrzeugsysteme den einschlägigen (technischen) UN-ECE-Regelungen entsprechen oder die Systeme so gestaltet sind, dass sie durch den Fahrer übersteuerbar oder deaktivierbar sind.

UN-ECE-Regelungen bezeichnen einen Katalog von international vereinbarten, einheitlichen technischen Vorschriften für Kraftfahrzeuge sowie für Teile und Ausrüstungsgegenstände von Kraftfahrzeugen. ECE leitet sich von Economic Commission for Europe, dem Namen der Wirtschaftskom-

mission für Europa bei den Vereinten Nationen (UN-ECE) ab.

Bei den einschlägigen technischen Regelungen handelt es sich um Regelungen der Vereinten Nationen im Anhang des am 20. März 1958 beschlossenen Genfer „Übereinkommens über die Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die



DP-Autor Ewald Ternig ist Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.

Foto: privat

in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden“ (BGBl. 1965 II S. 857, 858, zuletzt geändert durch die Revision 2 des Übereinkommens, BGBl. 1997 II S. 998, 999) sowie um Regelungen der im Rahmen des in Genf am 25. Juni 1998 beschlossenen „Übereinkommens über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können“ (BGBl. 2001 II S. 250, 251) ausgearbeiteten globalen technischen Regelungen der Vereinten Nationen.

Die genaue Formulierung lautet nun:

Art. 8 Absatz 5^{bis}:

Fahrzeugsysteme, die einen Ein-



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

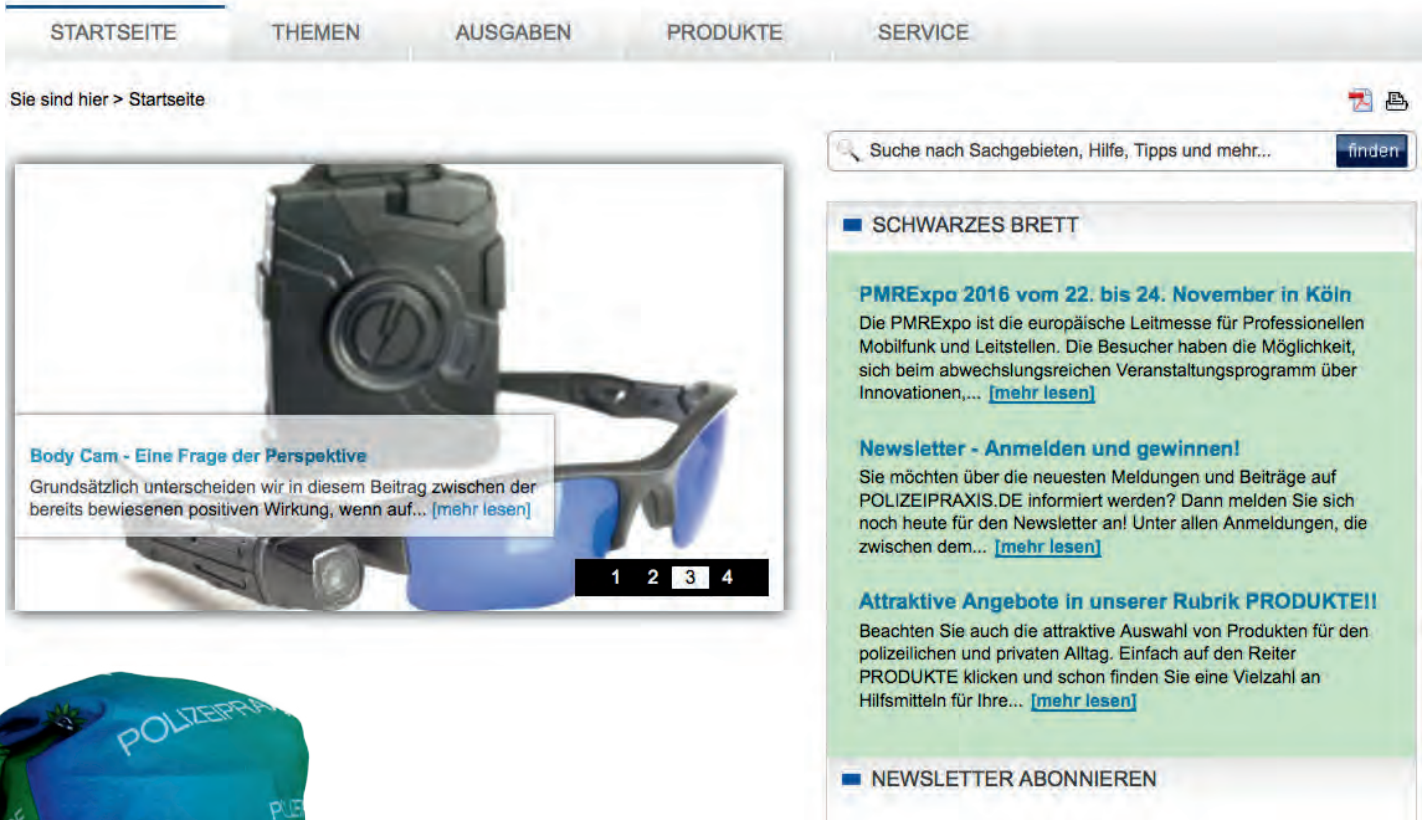
Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr; wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAIX!

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.10. - 31.10.2016 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

fluss auf das Führen des Fahrzeugs haben, gelten als vereinbar mit Absatz 5 und Artikel 13 Absatz 1, wenn sie den Bedingungen für den Bau, den Einbau und die Verwendung nach den internationalen Rechtsinstrumenten betreffend Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, entsprechen. Fahrzeugsysteme, die einen Einfluss auf das Führen eines Fahrzeugs haben und die nicht den genannten Bedingungen für den Bau, den Einbau und die Verwendung entsprechen, gelten als vereinbar mit Absatz 5 und Artikel 13 Absatz 1, wenn diese Systeme vom Führer übersteuert oder abgeschaltet werden können.



Artikel 39 des Übereinkommens hält fest:

Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), jeder Anhänger und alle miteinander verbundenen Fahrzeuge im internationalen Verkehr müssen dem Anhang 5 entsprechen. Sie müssen ferner betriebssicher sein.“

Folgender Satz wird angefügt:

„Sind in diese Fahrzeuge Systeme, Teile und Ausrüstungsgegenstände eingebaut, die den Bedingungen für die Konstruktion, den Einbau und die Verwendung nach den in Artikel 8 Absatz 5^{bis} genannten internationalen Rechtsinstrumenten entsprechen, so gelten sie als vereinbar mit Anhang 5.“

Mit dieser Formulierung dürften Möglichkeiten geschaffen worden sein, die Fahrzeuge auch „alleine“ fahren

lassen. Bezogen auf Art. 8 Abs. 5^{bis}, bedeutet dies, dass die Techniken den entsprechenden Regelungen entsprechen müssen. Dem Verfasser ist bisher die UN-ECE-Regelung 79 bekannt. Unter Ziffer 5.1.6 wird bei Fahrerassistenz-Lenkanlagen ausgeführt: „... nur genehmigt, wenn die Funktion das Verhalten der Hauptlenkanlage nicht beeinträchtigt. Sie müssen ferner so konstruiert sein, dass der Fahrzeugführer ... jederzeit übersteuern kann. Unter Ziffer 5.1.6.1 ist festgehalten: Sobald die ... Lenkfunktion einsatzbereit, ... muss dies dem Fahrer angezeigt werden ... Steuerung automatisch ausschalten bei ... 10 km/h und mehr als 20 Prozent ...“ (somit über 12 Kilometer/pro Stunde). Diese technische Möglichkeit gestattet es dem Fahrer, das Fahrzeug „selbst“ einparken zu

Erst knallts, dann Blechschaden: zwar nur ein Unfall unter vielen anderen, doch an diesem war ein selbstfahrendes Auto des Internetunternehmens Google beteiligt. Foto: dpa

lassen. Allerdings wird auch hier von der Überstimmung gesprochen.

Mit entsprechenden Regelungsänderungen wäre es aber auch möglich, Fahrzeuge ohne Überstimmung des Fahrzeugführers fahren zu lassen. Werden Sie nicht vorgenommen, muss der Fahrer weiterhin überstimmen können.

Entscheidung aus dem Haftungsrecht

Eine aktuelle Entscheidung aus dem Haftungsrecht kommt vom Amtsge-

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Wir helfen denen, die helfen...

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



STANDARDMASSNAHMEN IM ERMITTLUNGSVERFAHREN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 21

Von **Detlef Averdiek-Gröner** und **Christoph Frings**.



1. Auflage 2014

Umfang: 160 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN 978-3-8011-0741-3

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 12,99 € [D]

Das Ermittlungsverfahren und die damit verbundenen Standardmaßnahmen bieten sowohl im täglichen Dienst als auch in der Aus- und Fortbildung vielfältige rechtliche und praktische Problemstellungen. Als Standardmaßnahmen im Ermittlungsverfahren haben sich seit Langem die Durchsuchung und Beschlagnahme, die vorläufige Festnahme, die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Vernehmung und die Wiedererkennungsmassnahmen etabliert. Seit einiger Zeit gilt zudem die Entnahme von Körperzellen – bei Vorliegen der entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen – als eine solche Standardmaßnahme.

Ausgehend von einem Leitsachverhalt werden diese Maßnahmen von den Autoren in diesem Lehr- und Studienbrief ausführlich dargestellt und anhand dieses Sachverhaltes erläutert. Die Verfasser geben einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen, kriminaltaktische Problemstellungen und erfolgskritische Umstände. Weiterhin berücksichtigen sie auch ausgewählte einsatzrelevante und eingriffsrechtliche Aspekte.

Übersichten gewährleisten einen schnellen Überblick über die Tatbestandsvoraussetzungen einschlägiger Eingriffsbefugnisse und stellen die idealtypischen Abläufe in der praktischen Umsetzung dar. Abschließend finden sich zu den denkbaren klausurtypischen Fragestellungen entsprechende Lösungsskizzen.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor

Christoph Frings, Kriminaldirektor



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

richt Gelsenkirchen, 3.5.2016, 427 C 74/15. Hier wird festgehalten: Ereignet sich ein Verkehrsunfall bei der Rückwärtsfahrt, spricht der Anscheinsbeweis gegen den betroffenen Fahrzeugführer, wenn dieser zum Unfallzeitpunkt in Bewegung gewesen ist. Dies gilt auch dann, wenn der Fahrzeugführer sich dabei auf den Einsatz einer Einparkautomatik verlassen hat, bei der er allerdings selber jederzeit in den Fahrvorgang eingreifen kann und den Fahrvorgang zu überwachen hat. In der Begründung wird festgestellt: „... Der Einwand des Klägers, dass sein Pkw mit einer Einparkautomatik ausgestattet ist, die die Verkehrslage

automatisch überprüfen und den Pkw bei Gefahr stoppen würde, ist unerheblich. Denn einerseits gebietet es die erhöhte Sorgfaltspflicht schon nicht, sich auf eine solche Einparkhilfe zu verlassen. Andererseits wird auch die Einparkautomatik des Pkw noch dadurch aktiv gesteuert, dass beim Einparken durch den Fahrzeugführer Gas gegeben und gebremst werden muss. Der Fahrzeugtyp des Kläger-Pkw muss bei sich annähernden Gefahren aktiv von dem Fahrer gebremst werden ...“

Somit muss weiter gewartet werden, was Regelungsänderungen betrifft. Bis zu dem

Zeitpunkt muss jedes Fahrzeug einen Führer haben, der über die Technik wacht und verantwortlich ist. Siehe dazu umfassend die Broschüre vom 4. Verkehrsforum: Wer führt das Fahrzeug – Chip oder Mensch? Der tödliche Unfall des Tesla-Fahrzeugs in den USA schafft hierbei nicht mehr Sicherheit beim neutralen Beobachter. Bei „tagesschau.de“ war zu lesen, dass die Kamera wohl Schwierigkeiten mit hellen Farben hatte. In einer weiteren Meldung war zu lesen, dass der Fahrer wohl zu schnell war. Der Fahrer nutzte zum Zeitpunkt des Unfalls die automatische Geschwindigkeitseinstellung.

BUNDESTARIFKOMMISSION

Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte

Egal welches Bundesland, die Situation stellt sich für alle Tarifbeschäftigten ähnlich dar – einmal in eine Entgeltgruppe eingruppiert und nie wieder eine Höhergruppierung?!?

Der Beschluss des Landesdelegiertentages Nordrhein-Westfalen (NRW) vom 21. April 2010, ein Personalentwicklungskonzept für Tarifbeschäftigte zu entwerfen, hatte ein hehres Ziel vor Augen: Jeder sollte die Chance auf eine berufliche Weiterentwicklung bekommen. Aus diesem Grund wurde seitens der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Kolleginnen und Kollegen verschiedener Behörden (Landratsbehörden, Polizeipräsidien, Landesoberbehörden) vertreten waren. Schon während der ersten gemeinsamen Gespräche bestätigte sich unsere Vermutung, dass es kaum vergleichbare Strukturen für den Einsatz von Tarifbeschäftigten gibt.

Jede Behörde hat hier im Rahmen der dezentralen Bewirtschaftungsbezugnisse eigene Schwerpunkte gesetzt. Es stellte sich schnell heraus, dass es wegen der vielen unterschiedlichen Behördenstrukturen unrealistisch wäre, ein landeseinheitliches Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten und dieses in allen Behörden anzuwenden.

So konnten bereits zu Beginn bei vielen Einzelfragen wie Ausschreibungen und Interessensbekundungsverfahren, Hospitationen oder Praktika keine gemeinsamen Lösungen gefunden werden.

Strukturierte Personalentwicklung

Wenn kein landeszentrales Personalentwicklungskonzept auf die Beine gestellt werden konnte, sollten folgerichtig Rahmenbedingungen erarbeitet werden, die den örtlichen Personalräten und GdP-Vertretern die Möglichkeit gegeben hätte, gemeinsam mit den Behördenleitern ein Beschäftigtenkonzept im Sinne einer strukturierten Personalentwicklung in ihrer Behörde einzuführen. So entstand die Idee zu unserem Positionspapier: Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte, wie die ministerielle Bezeichnung für Tarifbeschäftigte in NRW lautet. Im Rahmen einer landesweiten Abfrage wurde zunächst eine konkrete Übersicht mit allen Tätigkeitsfeldern und Funktionen erstellt, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen in NRW aktuell eingesetzt sind. Bei der Auswertung der einzelnen Kreisgruppenmeldungen wurde sehr deutlich, dass es noch eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten zusätzlicher Tarifbeschäftigter im Lande gibt – dies insbesondere auch unter dem Aspekt der Entlastung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die nach wie vor reine Verwaltungsaufgaben bearbeiten. Aus diesem Grund ist die gesamte Auflistung als Anlage Teil des Positionspapiers.

Schwerpunkte des Positionspapiers

Die Betrachtung der unterschiedlichen Vorgehensweisen der Behörden bei der Stellen- und Budgetbewirtschaftung sowie die Bewertung der zentralen Rahmenbedingungen wie belastungsbezogene Kräfteverteilung oder Personalausgabenbudgetierung führten nach vielen Gesprächen und Diskussionen zu einem konkreten Forderungspaket der GdP.

Umgesetzt in unserem Positionspapier ergaben sich folgende Schwerpunkte:

- Gewinnung von zusätzlichen Qualifikationen durch Regierungsbeschäftigte

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com



„Ein Rechtsstreit kommt meistens unverhofft, dauert immer länger und wird immer teurer!“



Ausgeliefert ohne Rechtsschutz? Nicht mit der ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutzversicherung!

Für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark. Mit der ADVOCARD erhalten Sie Rechtsschutz u.a. als:

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als Single Tarif (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als Familien/Partner Tarif.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €***
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €***
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

- Notwendigkeit eines systematischen Personalbewirtschaftungskonzepts
- Entwicklung aktueller Tätigkeitsdarstellungen und -bewertungen
- Zugang zu beruflicher Entwicklung und Qualifizierung
- Schutz vor Arbeitsplatz- und Eingruppierungsverlust
- Übernahme von Auszubildenden

Neue Stellen für Tarifbeschäftigte

Die Silvesternacht hat nicht nur in Köln ihre Spuren hinterlassen. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat in ihrem 15-Punkte-Plan unter anderem mehr Polizeipräsenz angekündigt mit dem Ziel, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Um Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, wurden in diesem Zusammenhang – vorerst noch befristet – 350 neue Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen. Zur Identifizierung dieser Aufgaben ist in vielen Behörden das Positionspapier der GdP herangezogen worden. Auch gibt es zwischenzeitlich Rückmeldungen, wonach sich die Behörden intensiv mit unseren Vorschlägen zu einem Regierungsbeschäftigtenkonzept auseinandersetzen. Die örtlichen Personalräte und GdP-Vertreter sind hier natürlich gefordert, den Prozess zu begleiten und mitzugestalten.

Das Positionspapier wurde während der Tarifverhandlungen zum TVöD im April der Bundestarifkommission (BTK) präsentiert und wird von den Autoren gern zur Verfügung gestellt. Bitte an Melanie.Stolle@gdp-nrw.de und Jutta.Jakobs@gdp-nrw.de wenden.

Jutta Jakobs, Josef Rodine

LeVia: Eine webbasierende Anwendung zur Prüfung ausländerrechtlicher Sachverhalte

Mit Inkrafttreten des sogenannten Familienverfahrensgesetzes (FamFG) am 1. September 2009 änderten sich wesentliche Verfahrensvorschriften unter anderem für freiheitsentziehende Maßnahmen. Dies stellte gerade für aufenthaltsbeendende Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) höhere rechtliche Anforderungen an die zuständigen Verwaltungs- und Polizeibehörden sowie Gerichte.



v.l.: Der Projektgruppenleiter Thomas Fischbach, Nurije Soyudogan, Stefan Weckbecker, Christopher Weiß, Markus Zender, Bastian Frensch und Polizeipräsident Wolfgang Fromm. Foto: Pressestelle PP KO

In der Praxis war zunehmend festzustellen, dass die Polizei – ausländerrechtlich auch zuständig für den Antrag und die Durchführung von Abschiebungen und Abschiebehaft – außerhalb der Dienstzeiten der Ausländerbehörden kaum mehr diesen rechtlichen Anforderungen bei Beantragung vor den rich-

terlichen Eildiensten gerecht werden konnte. Folglich mussten oftmals auch Personen mit positiven Fahndungsnotierungen (Ausschreibung zur Abschiebung) aus der polizeilichen Maßnahme entlassen werden, obwohl zu prognostizieren war, dass die Betroffenen sich nicht am vorgesehenen Verwaltungs-

Anzeige



Das St. Franziska-Stift ist eine Einrichtung der ctt Reha-Fachkliniken GmbH.

Das Leben in heilsame Bewegung bringen.

Der Polizeidienst: Heute ein Berufsfeld, in dem Menschen bis an ihre Grenzen gefordert werden. Stress und Belastungen reichen weit ins private Leben hinein, ernsthafte psychische und psychosomatische Beschwerden sind die Folge.

Zeit, dagegen etwas zu tun – mit gezielter Bewegung und professioneller Betreuung. Und mit unserer Hilfe.



ctt
Reha-Fachkliniken
GmbH

Psychosomatische Fachklinik St. Franziska-Stift
Franziska-Puricelli-Str. 3 · 55543 Bad Kreuznach
Telefon: 0671 8820-0 · Telefax: 0671 8820-190
st-franziska-stift@fskh.de · www.franziska-stift.de



verfahren beteiligen und unmittelbar im Anschluss an die Maßnahme untertauchen werden. Für nicht Wenige eine unhaltbare Situation.

Letztlich muss aber auch konstatiert werden, dass die Polizei zu diesem Zeitpunkt und in Teilen noch bis heute nicht den geänderten gesetzlichen Anforderungen im Antragsverfahren solcher

Maßnahmen umfassend entsprechen konnte beziehungsweise kann. Die Komplexität und Dynamik ausländerrechtlicher Gesetzgebungen einschließlich der Verwaltungsrichtlinien sowie die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung erfordern ein umfassendes und tiefgreifendes Fachwissen. Spezialisten sind rar gesät und nicht rund um die Uhr präsent.

Arbeitsgruppe geht Problem an

Deshalb wurde beim Polizeipräsidium Koblenz unter Leitung von Polizeidirektor Thomas Fischbach eine Arbeitsgruppe gegründet, die daraufhin LeVia, die webbasierende Anwendung zur Prüfung ausländerrechtlicher Sachverhalte, entwickelte. Maßgeblich waren damit die Kollegen Stefan Weckbecker (Leiter Sachbearbeitung 21 Datenverarbeitung), Christopher Weiß, Markus Zender und Bastian Frensch (alle Polizeidirektion Koblenz) sowie die Beschäftigte Nuriye Soyudogan (Geschäftsstelle der Projektgruppe LeVia) befasst.

Im Ergebnis werden nicht nur das eingangs beschriebene Problem der Durchführung etwaiger Folgemaßnahmen und mögliche Lösungsmöglichkeiten angeboten, sondern auch europarechtliche und bundesrechtliche Gegebenheiten derart verzahnt, das binnen weniger Minuten eine ausländerrechtliche Statusfeststellung und die Subsumtion von Normverstößen ermöglicht wird.

Darüber hinaus werden Handlungsempfehlungen und Hilfestellungen für polizeiliche Maßnahmen angeboten, einschließlich der fachlichen Begleitung bei der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wie die Einleitung einer Einstweiligen Anordnung im Bereich der aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Gleichzeitig kann neben der Erforderlichkeit auch die Echtheit mitgeführter Ausweis- und Passpapiere sowie Aufenthaltstitel im System abgeglichen werden.

Landesweite Pilotphase

LeVia befindet sich derzeit in einer landesweiten Pilotphase und wird in der polizeilichen Praxis von den Kolleginnen und Kollegen aller Polizeibehörden in Rheinland-Pfalz intensiv genutzt. Im Rahmen der Pilotierung wird ebenfalls ein Transfer auf die Bundesebene geprüft.

Für ihre Arbeit wurden die Kollegen Zender, Weiß, Frensch und Weckbecker im Rahmen des Ideenmanagements vom Staatsminister des Innern, Roger Lewentz, mit einem vierstelligen Geldbetrag prämiert. In einer kleinen Feierstunde im August im Polizeipräsidium Koblenz sprach Polizeipräsident Wolfgang Fromm zudem allen Beteiligten an dem Projekt sein persönliches Dankeschön aus.

Thomas Fischbach,
Leiter der PD Koblenz

Anzeige



Spiele mit VERANTWORTUNG

Rüdiger Schink Zusammenarbeit mit Behörden Hohe Sicherheitsstandards Sicherheitsschulungen

Mit Sicherheit mehr Spielvergnügen

Manipulationsprävention ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung von Spielen und Geräten. Trotz der sichersten Gerätetechnik, die die Produkte aus dem Hause Gauselmann bieten, gibt es immer wieder Versuche von Kriminellen, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Was früher mit grober Gewalt zu tun hatte, wird heute in einer gut organisierten Manipulationsszene mit Hightechgeräten ausgeübt.

Um kriminellen Machenschaften entgegenzuwirken, ist die Zusammenarbeit mit den Behörden eine unserer wichtigsten Aufgaben. Aus diesem Grund bieten wir unsere Kooperation und alle Schulungsmaßnahmen kostenlos an. Darüber hinaus unterstützt Rüdiger Schink die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten, etwa durch die Mithilfe bei Razzien oder bei der Erstellung von Gutachten. Zudem tritt er als Sachverständiger vor Gericht auf.

Für Termine ist Rüdiger Schink telefonisch unter der Nummer 05741 273-264, per Fax 05741 273-8925 oder per E-Mail RSchink@gauselmann.de zu erreichen.

Die Gauselmann Gruppe ist mit mehr als 130 000 aufgestellten Geldspielgeräten in Spielstätten und der Gastronomie deutscher Marktführer, ebenso wie mit den rund 300 selbst betriebenen, modernen CASINO MERKUR-SPIELOTHEKEN. Die Unternehmensgruppe beschäftigt über 9 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon rund 6 000 in Deutschland.



Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de



Allein unter Frauen...

Einen heißen Berliner Spätsommertag hatten sich Rainer Ritter, Landesbezirk Berlin und Kai Abeln, Bezirk Bundespolizei, – die Sprecher der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderung – für ihren Antrittsbesuch beim Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand (GBFV) ausgesucht.

Die Kommission konstituierte sich im November 2015 nach dem Bundeskongressbeschluss, und neben einer Reihe von inhaltlichen Fragestellungen haben sich die Sprecher auch die Vorstellung bei und die Kontaktaufnahme mit den verschiedenen Gremien der GdP zur Aufgabe gesetzt. Anfang September war der Besuch bei den Frauen an der Reihe.

In Vorbereitung des Gesprächs mit der Kommission verfolgte der GBFV die Arbeit zur Novellierung des Bundesteilhabegesetzes mit großem Interesse. Im Gespräch mit den beiden Kollegen ging es dabei insbesondere um den Teilaspekt des ganzheitlichen Arbeitsschutzes und die Stärkung des Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM). Der GBFV hätte sich bei der Gesetzesänderung eine größere Verbindlichkeit und Sanktionsmöglichkeiten bei der Nichtdurchführung des BEM gewünscht. Ritter und Abeln konnten dem Frauengremium aber kaum Hoffnung auf eine Änderung des Gesetzentwurfs machen. Die GdP setze sich zwar nochmals für eine Verschärfung des Bundesteilhabegesetzes ein, mit größeren Änderungen ist aber nicht mehr zu rechnen.

Zentrale Verantwortung

Einig war sich die Gesprächsrunde



Der Geschäftsführende Bundesfrauenvorstand und die Sprecher der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderung im konstruktiven Diskurs. Fotos: Michael Zielasko

auch beim Thema „Gesundheitsbewusstes Führen“. Die Führungskräfte in der Polizei haben eine zentrale Verantwortung für das Gesunderhalten aller Beschäftigten, ob mit oder ohne behinderungsbedingten Einschränkungen. Gern wird der GBFV die Kommission bei der Sensibilisierung von Führungskräften zum Thema Gesunderhaltung und Verhinderung von drohender Zerru-

besonderen Beschäftigungspflicht für schwerbehinderte Frauen wurden weitere Gespräche vereinbart.

Der Bundesfrauenvorstand wünscht den Mitgliedern der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderung viel Glück und Energie für die weitere Arbeit.

**Dagmar Hölzl,
GdP-Bundesfrauenvorsitzende**

Reise & Erholung



**Action mit
wasser·c·raft in Tirol**

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 118,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote an-
fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
urlaub.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

www.Polizeifeste.de

**Alle Polizeifeste
auf einem Blick**



WITTELSBACH®
DAS KURHOTEL MIT DER ADLIGEN SEELE
★★★★

Kurhotel Wittelsbach Betriebs GmbH
Beethovenstraße 8 · 94072 Bad Füssing
Tel.: +49(0)8531/9520 · Fax: +49(0)8531/22256
info@kurhotel-wittelsbach.de
www.kurhotel-wittelsbach.de



JETZT INFORMIEREN!
Viele Informationen und Tipps
auf dem Präventionsportal der
Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI
DEIN PARTNER**
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal



100 Tage im Amt: Inspekteur Wilfried Kapischke ist „angekommen“

Der neue Inspekteur der Polizei (IdP) in Mecklenburg-Vorpommern, Wilfried Kapischke, hat als eine der größten Herausforderungen für die Landespolizei die erfolgreiche Bekämpfung von islamistischem Terrorismus und Extremismus sowie der Cyber-Kriminalität bezeichnet.

Kapischke sagte in einer 100-Tage-Bilanz in Schwerin: „Dazu müssen bisherige Einsatzkonzepte auf den Prüfstand und aufgrund der aktuellen Ereignisse angepasst werden. Dies bedeutet aber auch zugleich die Ausstattung unserer Polizei mit modernen, erforderlichen Instrumenten, ob Führungsmittel und Einsatzmittel für den Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Arbeitsmittel wie IT-Ausstattung oder den interaktiven Funkstreifenwagen zeitgerecht in die Investitionsplanung aufzunehmen.“

Führungsentscheidungen, so das Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) weiter, dürften nicht durch Aktionismus – sogenannte übereilte Schnellschüsse – getrieben werden. Vielmehr gelte es, sachliche Marktbeobachtung zu betreiben und kluge, auf die Zukunft ausgerichtete Konzepte zu entwickeln. Die bisherigen Investitionen in der Landespolizei M-V müssten seines Erachtens den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht scheuen. „Unsere Landespolizei ist auf einem guten Weg“, betonte er.

Offenes Ohr für die kleinen und großen Nöte

Kapischke hält im Bereich der Führung einen engen Schulterschluss mit den Behördenleitern für besonders wichtig. „Dadurch möchte ich einerseits zu einer modernen Führungskultur beitragen und andererseits den konstruktiven, sachlich kritischen Dialog zu den Herausforderungen für unsere Landespolizei fördern“, erklärte der Inspekteur. In den wöchentlichen Telefonschaltkonferenzen mit den Behördenleitern wolle er Schwerpunkte diskutieren und Problemlösungen erörtern, aber zugleich auch ein offenes Ohr für die kleinen und großen Nöte der Behörden anbieten.

Zudem fühle er sich besonders den jungen Führungskräften im höheren Dienst verpflichtet, sagte Kapischke. Durch seine Teilnahme am jähr-

lichen Seminar „Fortbildung junger Führungskräfte im höheren Dienst der Landespolizei M-V“ wolle er die strategischen Schwerpunkte der Landespolizei erläutern und mit den Führungskräften der Zukunft gemein-



Der Inspekteur der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern, Wilfried Kapischke, und der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher (r.) im Gespräch Foto: GdP MV

sam diskutieren, zugleich neue Ideen und Anregungen aufgreifen, betonte der Inspekteur. Er unterstrich: „Die kontinuierliche Begleitung und das Ausloten von Möglichkeiten und Erwartungen zur Einbindung im Prozess der Personalentwicklung sind wichtige Aufgaben, denen ich mich stellen möchte.“

Überrascht und erfreut äußerte sich Kapischke über die Offenheit und Zugewandtheit, mit der ihm sowohl seine Mitarbeiter als auch seine Vorgesetzten bereits in den ersten Tagen begegneten. Die polizeifachliche Beratung und Unterstützung des Innenministers, insbesondere in Angelegenheiten der zweckmäßigen und zugleich erforderlichen Ausstattung der Landespolizei sehe er als vordringliche Aufgabe des Inspektors. „Um es mit einem über 2.000 Jahre alten Zitat von Aristot-

teles zu sagen: ‚Wir können den Wind nicht beeinflussen, aber wir können die Segel richtig setzen‘. An diesem Anspruch will ich mich gern messen lassen.“

Schwerpunktsetzungen zu Lasten der Reviere

Zu den vielen Aufgaben der Landespolizei führte der Inspekteur fort, es werde deutlich, dass durch die Bewältigung der Flüchtlingslage sowie der einhergehenden angestiegenen Versammlungslagen mit nicht selten drohenden Eskalationen, aber auch durch

die Bekämpfung der Terrorgefahr und des Extremismus, die Belastungsgrenze der Landespolizei erreicht sei. „Erforderliche Schwerpunktsetzungen in der Kriminalitätsbekämpfung wie in den zurückliegenden Jahren sind in der Regel zu Lasten der Reviere erfolgt. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Dienstplanung und in der Folge auch auf das Privatleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, sagte er. „Ich verbinde hohe Erwartungen an das Ergebnis der Projektgruppe „Bemessung Personalbedarf der Landespolizei“ und würde mich sehr darüber freuen, wenn auf der Grundlage des Berichts und der aktuellen Gefährdungslagebeurteilung durch die neue Landesregierung konkrete Beschlüsse zum mittelfristigen Personalbedarf zeitnah gefasst werden.“

Marco Bialecki



deres Maß an sozialer Wertschätzung entgegenzubringen („nur, damit sie/er uns überhaupt zuhört“...), könnte die eine oder den anderen gewiss überfordern. Aber sind das nicht ohnehin Situationen, in denen regelmäßig „normale Kommunikation“ nicht mehr möglich ist?

Auch die Institution Polizei muss auf Veränderungen in der Lebenswirklichkeit reagieren, keine Frage. Aus- und Fortbildung sollten sich daran orientieren, unbestritten. Ob es allerdings künftig ausreichen wird, Störern mit einem „Blumensträußchen an Wertschätzung“ zu begegnen, scheint fraglich.

Ich komme zu dem Schluss, dass der überwältigenden Mehrzahl der Situationen, in denen nach meiner Erfahrung Gewalt gegen Polizeibeamte – in der Regel mangels Respekt oder aufgrund Autoritätsverlusts – eine Rolle spielt, auch mit diesen Handlungsempfehlungen nicht erfolgreich begegnet werden kann.

Es bleibt die Überlegung, das im Beitrag erwähnte Buch zu kaufen, um darin vielleicht auf praxisnähere Empfehlungen zu stoßen.

Michael Kling, Detmold



Der Artikel im Expertenmodus in allen Ehren, aber im täglichen Einsatz gestaltet es sich doch wesentlich komplizierter. Und ob es lediglich das vermeintlich antiquierte Autoritätsverständnis ist? Wir reden in diesen Tagen ja auch über Gewalt gegenüber Feuerwehr und Rettungskräften. Sie kommen, um zu helfen! Und werden von der Person, die eigentlich Hilfe benötigt, beleidigt oder angegriffen. Oder auch von anwesenden Schaulustigen, die die Maßnahmen behindern, weil sie zum Beispiel meinen, ein Recht auf Bilder von dem Unfall oder ähnliches zu haben (Lese beim Schreiben gerade wieder einen Fall aus Gelsenkirchen, wo zwei Rettungssanitäter unvermittelt angegriffen wurden).

Allein das Eröffnungsbild des Artikels stellt schon eine Situation dar, in der ich mit Ihren Handlungsanleitungen nicht weiter komme. Neben der Gruppe der gewaltbereiten Fußballfans gibt es noch weitere Bevölkerungsgruppen, deren Mitglieder ein nicht

konsequentes Einschreiten der Polizei als Schwäche deuten. Und dort hilft es nicht, allein mit sozialer Wertschätzung zu kommen. Denn die Fehler werden bereits an anderer Stelle gemacht. Gewalt beziehungsweise Missachtung der Autorität ist dann nur noch das Ventil und die Polizei das Opfer als Repräsentant des Staates vor Ort.

Ich teile Ihre Einschätzung zum Wandel unsere Gesellschaft und dem damit einhergehenden Autoritätsverlust. Und ich gebe Ihnen auch Recht, dass an mancher Stelle etwas mehr Respekt von Seiten der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gegenüber dem Bürger zur Deeskalation beitragen könnte. Hier können wir durchaus besser werden. Aber in vielen Situationen zwingen Zeit- und Personalressourcen zu klaren Anweisungen, die keinen Platz für lange erklärende Diskussionen lassen. Und es sind nun mal die alltäglichen kleinen Situationen, in denen ich Anordnungen treffen muss. Ich lade Sie mal zu einer Fahrt mit Sondersignalen ein. Neben Missachtung und Fehlverhalten durch die Verkehrsteilnehmer der nach der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) festgeschriebenen Regeln kommt dann noch der Anruf bei der Dienststelle, wo die Erforderlichkeit einer solchen Fahrt angezweifelt wird.

Die Kolleginnen und Kollegen sind Teil dieser Gesellschaft. Sie sind keine studierten Soziologen oder Psychologen. Sie lernen im Alltag und machen ihre Erfahrungen. Und wenn sie mit einem Handlungsmuster negative Erfahrungen machen, werden sie dieses Muster ändern. Sie sind halt auch nur Menschen.

Schauen Sie sich doch mal einen Polizisten auf der Straße heute und von vor 20 Jahren an. Es wurde kräftig aufgerüstet. Allein dieses Bild führt heute bei dem ein oder anderen schon zu einer Provokation. Vor einigen Jahren wurde mal medial eine große Diskussion angestoßen. Bilder von Beamten bei Kraftfahrzeug- und Personenkontrollen, in denen die Kollegen ihre Hand an der Waffe hatten. Dies war und ist die aufmerksame Sicherungshaltung, wie sie die Polizeidienstvorschrift (PDV) „Eigensicherung im Polizeidienst“ vorsieht. Von Bedrohungsgefühl, Kriminalisierung der Bürger und auch amerikanischen Verhältnissen war die Rede. Dabei geht es wie bei den Unfallverhütungsvorschriften in anderen Berufen lediglich um den Eigenschutz der Beamten.

Wenn ich zu einem Streit gerufen werde und beim Eintreffen einer zahlenmäßig überlegenen Gruppe gegenüberstehe, die von einem Wortführer eingepeitscht wird, habe ich nur eine Option. Ich muss den Wortführer identifizieren und isolieren. Dann habe ich gegebenenfalls eine Chance, mit dem Rest ins Gespräch zu kommen. Aber dies bedeutet auch, dass ich die erforderlichen personellen Ressourcen habe. Ich glaube, Bautzen war in diesen Tagen ein gutes Beispiel hierfür.

Der ebenfalls in der Ausgabe veröffentlichte Artikel zur Bodycam macht mir aber durchaus Hoffnung. Die dargestellten Effekte sollten mal näher beleuchtet werden. Hat der Autoritätsverlust vielleicht etwas damit zu tun, dass ich meine Reaktionen gegenüber der Polizei häufig ungestraft ausleben kann? Bei Beleidigungen zum Beispiel steht Aussage gegen Aussage. Die Beleidigung als solche wird als nicht gravierend eingestuft, und der Dienstvorgesetzte stellt keinen Strafantrag, oder die Justiz stellt ein. Sieht der Bürger in der Kamera die Option, dass die Maßnahmen der Polizei durch unabhängige Gremien überprüft werden können? Ich glaube, hier stellen sich für Sie bestimmt auch spannende Fragen. „Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren.“ Die Gefahrenabwehr ist originäre Aufgabe aller deutschen Polizeien. Wenn betriebswirtschaftliche Aspekte die Polizeiarbeit immer stärker beeinflussen und der Personalbedarf daran gemessen wird, wenn der repressive Teil unserer Arbeit immer mehr zu Lasten des präventiven Anteils in den Vordergrund rückt, wenn aus Kostengründen die Polizeipräsenz in ganzen Landstrichen praktisch fast auf Null gefahren wird, wo sollen dann die zeitlichen und personellen Ressourcen gebildet werden, die es nun mal braucht, um der Rolle des Vermittlers gerecht zu werden?

Detlef Martin, Northeim



Der GdP gebührt Dank für die Veröffentlichung des Artikels der Soziologin Dr. Susanne vom Hau. Endlich ein Lichtblick in der sonst eher trüben Debatte über eine vermeintliche beziehungsweise gefühlte Zunahme der Gewalt



gegen die Polizei. Empirisch fehlen die Belege für eine qualitative oder quantitative Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte. Die Haltung der GdP in dieser Frage mutet wie auch der Eingangskommentar des GdP-Bundvorsitzenden zum in Rede stehenden Artikel eher folkloristisch an. Respekt einfordern? Für nichts gibt's nichts.

Respekt bedarf des Verdienstes. Und nicht der Anordnung.

Dr. vom Hau stellt exakt die zentrale Frage, die üblicherweise in dem substanzlosen „Geschwurbel“ zu diesem Thema nicht vorkommt: Warum kommt es überhaupt zu Konflikten zwischen Polizei und ihrer Klientel? Es ist richtig, dass Institutionen wie Kirchen, Militär, Schulen und Polizei nicht mehr per se als Autoritäten anerkannt werden. Demokratie und Bürgerrechte haben glücklicherweise den vormodernen Obrigkeitsstaat überwunden. Respektlosigkeit gegen die uniformierte Staatsgewalt hat mit der Zunahme der Insubordination einer aufgeklärten Bevölkerung zu tun. Humanistischer und intellektueller Fortschritt setzt eben diese Fähigkeit zur Insubordination voraus.

Verschärfend kommt hinzu, dass die Polizei per Aufgabenzuweisung ein Interaktionsverhältnis zur Gewalt hat. Dennoch kommt Gewalt an der

Oberfläche – bei den polizeilichen Leitbildern – schlicht nicht vor. Die Herrschaftsausübung wird in den Leitlinien ausgeblendet, es gibt keine Worte für das übertragene Gewaltdurchsetzungsmonopol. Smart policing ist gewünscht. Insoweit ist bereits die Kommunikation zwischen der Polizeibasis und dem leitenden Überbau gestört. Und das trotz der sensibler gewordenen Gewaltperzeption der Polizeibeamten.

Anerkennung und Respekt erwächst aus einer professionellen Performance, generiert sich aus einem professionellem Auftreten, Empathie, sozialer Intelligenz, einer nicht verlernten „Fünffährigkeit“ sowie einer straßentauglichen und milieuspezifischen Kommunikation.

Für nichts gibt's nichts. Schon gar nicht für Bürgerferne, Bürokratiewahn und strukturellen Rassismus in einer multikulturellen Bürgerrechtsgesellschaft. Da haben wir noch einiges zu stemmen. Interkulturelle Kompetenz und ein Bürgerrechtsstaatsverständnis sind in den Reihen unserer Polizei noch lange kein Selbstverständnis oder Allgemeinplatz.

Bleibt noch die Frage, wie wir unsere autoritätssozialisierten, obrigkeitgläubigen Altvorderen und die eher schlichten Gemüter in der Kollegen-

schaft in eine moderne, aufgeklärte, bunte, demokratische und vielfältige Gesellschaft integriert bekommen.

Frank Thienel, Bergisch Gladbach



Es mag durchaus sein, dass ich den Kern der Botschaft fehlinterpretiere oder nicht verstehe. Sollte es in diesem abstrakten Artikel aber unter anderem sinngemäß um die Aussagen gehen, nicht der Bürger im Wandel muss Autorität akzeptieren, sondern die Polizei muss jeden Bürger da abholen, wo er steht und ihm mit neuen Formen der verbalen und nonverbalen Kommunikation das Gefühl vermitteln, ihm in jeder Situation, die genau auf ihn abgestimmte Art und Dosis von Wertschätzung entgegenbringen zu können, dann sage ich: HIMMELHERGOTT, DAS ENDE IST NAHE!

Ich hoffe nicht, dass es wirklich so gemeint ist! Falls doch, muss ich dem Artikel jeglichen Bezug zur Lebenswirklichkeit im Umfeld polizeilichen Arbeitens absprechen. Es ist nicht die Aufgabe der Polizei, Störer und Straftäter pseudo-pädagogisch zu begleiten und das aufzufangen, was in der Kinderstube an Erziehungsarbeit verschlamps wurde. Dies kann nicht funktionieren und basiert auf rein

Kapitalmarkt

<p>Beamten Darlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Vorteilszins für den öffentl. Dienst Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen echt günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 478180-0 Info@AK-Finanz.de</p> <p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p> <p>www.AK-Finanz.de</p>
---	--	---

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälät-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-

PECUNIA GmbH seit 1980

einfach – schnell – seriös

ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – bis zum 80. Lebensjahr

Tel. 02 01/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

www.PolizeiDeinPartner.de



theoretischen Denkmodellen ohne irgendeinen Praxisbezug.

Es ist völlig weltfremd anzunehmen, zum Beispiel einen berauschten, gewaltbereiten und hochgradig aggressiven Störer in einer Akutsituation wertschätzend von irgendwo „abholen“ zu können. Dies wird vom Gegenüber in der Regel nicht als Stärke, sondern als Schwäche ausgelegt und kann unter Umständen für die Beamten sehr gefährlich werden.

Es ist ferner ein Trugschluss, Polizeibeamte würden möglicherweise über antiquierte Handlungsmuster verfügen. Polizeibeamte kommen nicht vom Mars, sondern aus der Mitte der Gesellschaft und kennen in der Regel die Gepflogenheiten im gesellschaftlichen Miteinander. Sie sind in der Regel anders sozialisiert worden als viele, mit denen sie oft beruflich zu tun haben. Auch der Ausbildung kann man das nicht anlasten.

Das Problem ist vielmehr, dass sich offenbar zunehmend die Auffassung von Theoretikern etabliert, in einer „modernen“ Gesellschaft müsse die staatliche Autorität mehr und mehr einem Verständnis für alles weichen, sei es noch so asozial. Es geht wieder einmal hauptsächlich um Verständnis für die Täter. Einmal mehr geht es nicht um die Opfer. Und einmal mehr führt dies zu einer hausgemachten Selbstschwächung, die sich unter Umständen in nicht allzu ferner Zukunft bitter rächen könnte.

Es werden der Polizei zunehmend Defizite aufs Auge gedrückt, deren Ursprung in den Bereichen Erziehung, Bildung, finanzieller und personeller Mittel, fehlender Wertevermittlung beziehungsweise im fehlenden politischen Willen oder im schieren Durchsetzungsvermögen des Rechtsstaates zu suchen sind.

Fehlentwicklungen und defizitären Wertevermittlungen an anderer Stelle ernsthaft und pragmatisch auseinanderzusetzen, anstatt den für eine funktionierende Gesellschaft notwendigen, starken Rechtsstaat zu festigen und die Erforderlichkeit von staatlicher Autorität mit konsequenter Linie neu zu vermitteln, werden Last und Verantwortung einmal mehr auf die abgewälzt, die ohnehin schon mitten im Sturm stehen – die Polizeibeamten.

Ich wünsche den Theoretikern, die

mit ihren Denkmodellen fernab der Realität unterwegs sind, dass sie einmal über mehrere Wochen/Monate im Streifenwagen mitfahren und den Kolleginnen und Kollegen in Echtsituationen vormachen, was sie genau meinen. Da würde der/die ein oder andere sehr schnell auf den Boden der Tatsachen geholt und sich krank melden.

Sollte ich den Artikel fehlinterpretiert haben, so bitte ich um Aufklärung. Vielleicht liegt es daran, dass sich in den vielen wissenschaftlich formulierten Sätzen nicht ein einziges praktisches Beispiel befindet. Dafür ist ein Satz umso prägnanter: [...]„Ohne an dieser Stelle die Einzelheiten näher ausführen zu können[...]“.

Wenn die Polizei nun noch zu Hobbytherapeuten mutieren soll, dann ist das ist völliger Schmarrn, gänzlich an der Realität vorbei, das Gegenüber lacht noch lauter als ohnehin schon, und ich sage: GUTE NACHT!

Jens Solomon, Detmold



Die Septemberausgabe DEUTSCHE POLIZEI beginnt mit einem Kommentar von Oliver Malchow unter der Überschrift „Respekt, ein altmodischer Wunsch derjenigen, die ihn vermissen?“. Ihm folgt der Leitartikel der Ausgabe „Autorität reloaded“, verfasst von Dr. Susanne vom Hau. Der Untertitel dazu, „Verhältnis zwischen Bürger und Polizei; Eine Beziehungskrise spitzt sich zu“, und die beiden oben genannten Artikel haben mich geradezu aufgefördert, die persönlichen Erfahrungen, Sichtweisen und meine Gedanken hierzu niederzuschreiben und zu veröffentlichen.

Vorweg: Als Polizeibeamter habe ich in 41 Dienstjahren die Entwicklung des Verhältnisses Bürger und Polizei mit seinen unterschiedlichen Facetten bis zum heutigen Tage miterlebt. Die Kollegen „Bärenführer“ der ersten Jahre wären heute alles andere als gute Praxisanleiter, was den Umgang mit dem polizeilichen Gegenüber angeht. Dank einer sehr guten theoretischen und praktischen Ausbildung haben wir heute ein professionelles und dem Gedanken des Grundgesetzes folgendes Verhältnis zum Bürger.

Die Ansätze, die Frau Dr. vom Hau

zu einem neuen Verständnis von Autorität beschreibt, sind in Teilen richtig, aber meines Erachtens vor allem nicht ausreichend, um das Problem in seiner Gesamtheit zu beschreiben. Zu Zeiten, als unsere Bevölkerung noch von Gehorsam und Obrigkeitsdenken geprägt war, wurde die Polizei als Organ des Staates nicht hinterfragt, und es war nicht erlaubt, sich ihr entgegenzustellen.

Typischerweise haben sich noch selbst zu der Zeit, als ich in den Einzeldienst kam, die Widerstand leistenden Personen, sei es in Trunkenheit, in hochemotionalen Zuständen oder einfach, weil sie sich der polizeilichen Maßnahme entziehen wollten, später bei den Kollegen für ihr Verhalten entschuldigt, obwohl man alles andere als zimperlich mit ihnen umgegangen war. Es war sogar nicht außergewöhnlich, dass man sich die Hand reichte.

Was hat sich geändert? Auch heute wird die Polizei als Organ des Staates betrachtet. Aber während sie zu Zeiten der Anti-Atom-Bewegung, der Demonstrationen an der Startbahn West und gleichartigen Themen, vor allem von den handelnden Interessengruppen als Stellvertreter der zu bekämpfenden Politik und als repressives Werkzeug des Staates abgelehnt und angegriffen wurde, glauben heute viele Bürgerinnen und Bürger, das Recht zu haben, polizeiliches Handeln grundsätzlich in Frage stellen zu dürfen. Sie denken, selbst in für uns belanglosen Situationen urteilen zu können, was Recht und Unrecht ist. So hat sich eine Frau bei mir als Polizeiführer nach einem Fußballeinsatz beschwert, dass ein Gruppenfahrzeug, in einer engen Straße entgegenkommend, sie mit ihrem Pkw unrechtmäßig auf die Seite gewiesen hatte, weil keine Sondersignale eingesetzt worden seien. Die Kollegen hatten den Auftrag, kritische Fußballfans auf dem Weg zu ihren Fahrzeugen zu begleiten und vom Randalieren abzuhalten. Es gäbe genügend weitere Beispiele.

Es mag sein, dass wir in der Interaktion mit dem Bürger, und hier besonders in der Konfliktkommunikation, noch besser werden müssen, wie Dr. vom Hau fordert. Wenn im Einsatz aber keine Zeit zur Erklärung und Überzeugung meines polizeilichen Gegenübers vorhanden ist, dann sollte etwas anderes vorhanden sein, Vertrauen in die Richtigkeit polizeilichen Handelns. Dies habe ich übrigens der Beschwerdeführerin auch so mitgeteilt. >



Auch die in der politischen Diskussion geäußerte Meinung, die Polizei würde ihre Erfahrungen im Dienst unnötig dramatisieren, zeigt dieses generelle Misstrauen. Die Feststellung und das Beklagen der Gewalt gegen die Polizei wiederum durch Politik, Berufsvertretungen, in gewissem Maße auch durch die Justiz und unseren Dienstherrn sowie die Forderung nach besserer Ausstattung und härteren Strafen sind nicht ausreichend. Ich wünschte mir deutlichere Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, ihrer Polizei auch dann zu vertrauen, wenn in Einsätzen ihre Rechte eingeschränkt werden, und man dies auf Anhub nicht versteht. Übrigens sagen renommierte Zukunftsforscher schon seit Langem voraus, dass unsere Bürgerschaft zunehmend das Vertrauen in den Staat und seine Einrichtungen verliert und es daher zu einer Solidarisierung im sozialen Mikrokosmos kommt. Das Beispiel im Artikel von Dr. vom Hau, bei dem in Trier die umstehenden Menschen in den Einsatz einer Personenkontrolle eines Radfahrers eingreifen, zeigt dies in Deutlichkeit.

Wir erleben seit einiger Zeit einen kontinuierlichen und rapiden Gesellschaftswandel. Begriffe wie Respekt, Anstand, Sitte und Autorität erscheinen antiquiert. Grundrechte auch? Oder sind nicht gerade Tugenden wie Respekt und Anstand auch Methoden, um die uns selbst gegebenen und verpflichtenden Grundrechte zu wahren. Wir stellen allenthalben eine Verrohung des Zusammenlebens fest, sei es in der Sprache wie im Verhalten. Vielleicht ist auch unser deutscher Drang nach Extremen mit daran schuld. Waren wir vor einem Jahrhundert noch geprägt von den faschistischen Zügen des Gehorsams, des Denkverbots und Folgens bis zum Tod, so scheint das Pendel schon fast in die Anarchie umzuschlagen mit absoluter Ablehnung von Autorität, des Ungehorsams und des Querdenkens bis ins Chaos. Die Polizei hat dem Bürger zu gehorchen und seinen persönlichen Willen durchzusetzen. Aber wehe, es träfe ihn.

Es ist aber noch komplizierter: Wer heute bei seiner polizeilichen Arbeit mit der Vielzahl gestörter Menschen konfrontiert wird, die unter Alkohol- und Drogensucht oder einer kranken Seele leiden, der weiß zu berichten, dass in der Sofortintervention das Bemühen um Autoritätsakzeptanz fehl am Platz ist. Einstellungs- und Verhaltensänderungen können in solchen

Einsatzlagen die Widerstandshandlungen kaum reduzieren. Ich habe großen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst, die in diesen Situationen viel Kraft lassen müssen im Ertragen von Beleidigungen, den Drohungen gegen ihre Person und den körperlichen Angriffen, denen sie ausgesetzt sind. Das macht auf Dauer dünnhäutig und erfordert noch mehr Disziplin und Korrektheit, um nicht letzten Endes aus der Haut zu fahren. Ich weiß nicht, ob der im Vorspann des Artikels genannte frühere Leiter des Planungsstabes des PP Köln mit seiner Überzeugung, dass es sich hier um eine nur gefühlt gewachsene Gewaltbedrohung handelt, auch schon hunderte Male mit dem untersten Vokabular beleidigt und bedroht und angegriffen wurde. Statistik schmerzt nicht, wie ich aus zehn Jahren Stabserfahrung weiß.

Zuletzt will ich aber nicht unterschlagen, dass es auch das gute Miteinander zwischen Polizei und Bürger gibt. Dies drückt sich aus in persönlichen wie auch in schriftlichen Dankesbekundungen, die wir gelegentlich erhalten. Das müssen keine Lebensrettungen sein. Sie finden oft dann statt, wenn wir für den hilfeschuchenden Bürger Zeit haben und seine Sorgen anhören können. Meist ist danach nicht einmal mehr eine Beratung in Sachen Sicherheit notwendig, auch wenn sie gern angenommen wird. Den Gedanken der Respect Research Group an der Universität Hamburg folgend wird hier gegenseitiger horizontaler Respekt gezollt, und der vertikale Respekt (antiquiert die Autorität) stellt sich von alleine ein. Dies gilt sogar manchmal für die Fälle, in denen der Mensch Eingriffe in seine Grundrechte zu erdulden hat. Mit genügend Zeit kann man dem Bürger erklären, warum er welche Einschränkungen in Kauf nehmen muss. Es kann Deutungshoheit hergestellt werden, wie es in der taktischen Kommunikation heißt.

Diese Zeit aber haben wir nicht. Vor allem in den Ballungsräumen bei hoher Einsatzfrequenz und nicht ausreichendem Personal ist es nicht selten, dass eine Streife mehrere Aufträge gleichzeitig erhält und den ersten sofort unter Zeitdruck erledigen muss. Die Beschwerden, die ich in den letzten 13 Jahren als stellvertretender Dienststellenleiter entgegennahm, rankten sich oft um das Thema, dass man keine Zeit für den Bürger hatte. Dementsprechend war die Kommu-

nikation, angefangen von der Entgegennahme des Notrufes bis hin zur Abarbeitung des Einsatzes. Unsere Optimierungen in der Sachbearbeitung machen es nicht besser. Selbstbedienung oder in Englisch besser ausgedrückt „Selfservice“ bei der Anzeigenaufnahme von sogenannter Massenkriminalität, schriftliche Anhörung statt persönlicher Vernehmung, unzumutbare Wartezeiten für die Aufnahme von Verkehrsunfällen und Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr bei der so schön angepriesenen Einbruchschutzberatung sind an der Tagesordnung, nicht zu sprechen vom gebetsmühlenartigen Ablehnen von Ordnungsaufgaben, für die wir zwar subsidiär zuständig sind, aber keine Ressourcen mehr haben.

Ein weiteres Problem stellen die fehlenden Sanktionen dar, die sich als Konsequenz aus strafbarem oder gefahrenträchtigem Handeln ergeben sollten. Wenn schon Landtagsabgeordnete bei ihren Besuchen von Polizeidienststellen in ungläubiges Staunen verfallen, wenn sie erleben müssen, dass Straftäter selbst bei hochkriminellen Taten nach der Personalienfeststellung wieder auf freien Fuß gesetzt werden, wenn die Geschädigten wie die polizeilichen Sachbearbeiter Einstellungsverfügungen der Staatsanwaltschaften erhalten und dann die Welt nicht mehr verstehen, oder ein für uns eindeutig gefährlicher und in der Persönlichkeit gestörter Mensch nach regelmäßigen Kurzeintaufenthalten in einer psychiatrischen Klinik wieder in die Gesellschaft entlassen wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn das Sicherheitssystem des Staates und damit auch die Polizei in Frage gestellt wird.

Da entsteht die Beziehungskrise, und es ruft das Gefühl beim Bürger hervor, dass wir ihn nicht mehr ernst nehmen. Da empfindet er uns nicht mehr als Freund und Helfer. Da stellt er unsere Autorität in Frage und verliert den Respekt. Also nicht die anachronistischen Umgangsformen und falsch verstandener Autoritätsanspruch sind das Hauptproblem, sondern die Rolle, in die wir zunehmend gedrückt werden. Erhalten wir die richtige politische Unterstützung, ein stimmiges Sicherheitssystem und eine bürgerfreundliche Personalausstattung, dann dürfen wir wieder auf die Akzeptanz und den Respekt hoffen, der uns gebührt.

Dietmar Haller, Worms





Mit meinen 72 Lebensjahren und einer pragmatischen Grundeinstellung zu allen Dingen des Lebens habe ich natürlich auch andere Sichtweisen auf den Begriff Respekt und die Arbeit der Polizei im Allgemeinen. Deshalb auch ein paar Anmerkungen zum Kommentar „Respekt – ein altmodischer Wunsch?“

Respekt = Erwartungshaltung aus zwei Positionen: Derjenige, der Respekt erwartet, und demjenigen, der ihn einräumen soll. Daraus ergibt sich: Niemand kann von sich aus „Respekt“ erwarten. Respekt kann man nur eingeräumt bekommen. Dazu bedarf es aber irgendeiner „Grundlage“

Die Polizei muss Straftaten und Ordnungswidrigkeiten verfolgen. Da sie dies fast ausschließlich mit großem Aufwand und Engagement auf dem Verkehrssektor tut, und hier sehr oft grundlos (viele Mess-Orte und -zeiten sind darauf angelegt, nicht die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sondern nur das Geßler-Hut-Prinzip zu beachten).

Weil ein Obrigkeitsstaat eine Vorschrift erdacht hat (den Geßler-Hut zu grüßen), hat es der dumme Bürger (Wilhelm Tell) auch dann einzuhalten, wenn der Gruß (also die Einhaltung von Vorschriften) keinen oder wenig Sinn macht. Der Bürger soll also gezwungen werden, Vorschriften immer genau einzuhalten, auch wenn sie orts- und zeitbezogen nicht erforderlich wären. Nur ein Beispiel: Zum Schutz von Schulkindern war früher das Dreieck mit „Hans und Liesel“ aufgestellt. Wer hier einen Unfall verursachte, als Kfz-Führer, war „voll“ verantwortlich.

Um aber die Vorschrift zu umgehen, die 50 Stundenkilometer überall in geschlossenen Ortschaften vorschreibt (ist per se unsinnig, weil es immer darauf ankommt, wie viele Spuren in einer Richtung, ob bei viel Verkehr, oder ‚allein weit und breit‘, ob Tag bei normalem Verkehr oder nachts um 3 Uhr), sind die Kommunen hergegangen, überall – auch wieder widersinnig – 30 Stundenkilometer vorzuschreiben und sogar noch auf die Schulzeit – bis 17.00 Uhr – zu begrenzen. Nun kommt der Geßler-Hut: Selbst in den Ferienzeiten bleiben diese unsinnigen Beschränkungen bestehen und keiner, erst recht nicht Minister Dobrindt, unterbindet diesen Unsinn. Wie man

nun die Sache mit den generellen 50 Stundenkilometer regeln sollte, darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht. Wohl aber über den Unsinn mit den Ferien. Es braucht einfach diese Gemeinde- und Stadtratswillkür mit der Neurose auf 30 Stundenkilometer nicht. Das alte Schild mit Hänsel und Gretel hat immer ausgereicht.

Genau hier entsteht aber die Respektlosigkeit gegenüber dem Obrigkeitsstaat und der Polizei, die diesen Unsinn dann ja, neben der kommunalen Überwachung, auch tatkräftig unterstützt. Ich komme selbst aus der Verkehrsüberwachung und kenne die Meinung mancher Kollegen („ich messe nur da, wo was geht und nicht da, wo zwar Unfälle passiert sind, aber eben nichts geht“). Diese Art des Denkens habe ich meinerseits nie unterstützt, unter meiner Regie wurde an solchen Stellen nicht gemessen.

Genauso war es mit dem polizeilichen Einsatz. Hier habe ich immer überzeugt durch fundiertes Wissen und nie durch überzogene Gewalt (wie ich sie bei einigen Kollegen immer und immer wieder feststellen konnte und selbst erlebt habe – darüber gibt es sogar schriftliche Unterlagen).

Also: Ein „Staatsvertreter“ kann nur dann Respekt erwarten, wenn er mit seinem Verstand arbeitet und selbst erst einmal respektiert, dass nicht alles, was die Polizei/Politik macht, auch richtig und gerecht ist. Gerade der Begriff „gerecht“ ist aber im Polizeialltag nicht gewünscht. Es geht nur um rigorosen Geldeinzug unter einfachsten Bedingungen. Das sieht man daran, dass zum Beispiel der Rückschnitt von Hecken auf Gehsteigen oder das Abkoten von Hunden und die Entsorgung von Hundekot-Tüten nirgendwo mit der gleichen Intensität verfolgt werden. Auch, dass es durch die Politik noch nie so ungerecht zugegangen ist, wie derzeit und die Bevölkerung durch die Flüchtlingspolitik, die die Mehrheit der Bürger klar ablehnt, sondern in ganz Europa gleich gehandelt werden sollte, erfährt, wie schnell „Fremde“ unterstützt werden und gleichzeitig die eigene Bevölkerung vernachlässigt werden muss. Bankenunterstützung, Geldgeschenke bei Groß-Stromkunden, TTIP und CETA und ständig neue Steuererhöhungen bei gleichzeitiger Maut-Verweigerung führen dazu, dass der Staat, seine Politiker und die Vertreter des Staates, also auch wir Polizisten, nur dann noch Respekt erwarten können, wenn wir uns den Bürgern

gegenüber entsprechend konsequent verhalten.

Der Bürger hat also in seiner Wahrnehmung Recht, dass er der staatlichen Einrichtung Polizei keinen Respekt zu zollen hat. Auch ich bin dieser Meinung und zwar ohne ‚Wenn und Aber‘. Ich war Zeit meines Lebens durch eigenes Handeln immer respektiert und brauche deshalb einen vorausseilenden falschen Respekt nicht.

Kollege Malchow schreibt, dass er Erfahrungen hat und welches Bild die Gewerkschaft der Polizei hat. Mag sein, ich kenne das Bild „der“ GdP nicht. Es hat ja nicht ein Bild zu geben, sondern ein vielfältiges, da wir Polizisten hoffentlich alle verschieden sind.

Richtig aber sind zwei Erkenntnisse: Polizeiliches Einschreiten immer im Rahmen der Verhältnismäßigkeit – und: Die Waffe des Polizeibeamten ist das Wort. Es mag sein, dass Kollege Malchow nicht mitbekommen hat, dass das nur Ausbildungsziele sind, die Wirklichkeit weicht davon aber immer wieder ab – mit Wegsehen Verantwortlicher. Seine Ausführungen decken sich so weit überwiegend mit den meinen. Nur das Fazit deckt sich nicht. Ich will keine „Autorität reloaded“ oder gar „Respekt reloaded“. Ich brauche ihn nicht. Er kann mir nur entgegengebracht oder gewährt werden! Wer sich daran hält, wird von „normalen“ Menschen immer respektiert. Auf asoziales Verhalten von Hooligans oder aus fremden Macho-Gesellschaften kann und brauche ich also nicht eingehen, da von dort Respekt nicht erwartet werden kann, weil eine europäisch-humanistische (nicht klerikal-christliche!!!) Sozialisierung nicht stattgefunden hat.

Reinhard Lenzer, Schwabach



Nach zwei Jahren – so der derzeitige GdP-Vorsitzende – widmet sich DEUTSCHE POLIZEI und auch der Vorsitzende der Gewerkschaft dem Thema Gewalt gegen Polizei erneut. Was jetzt folgt, soll nicht die Gewalt gegen die Polizei rechtfertigen, jedwede Gewalt gegen andere außerhalb der bestehenden Gesetze ist abzulehnen.

Ich hatte mich vor zwei Jahren auch schon auf die Meinung von Oliver Malchow per Leserbrief gemeldet.



Damals wies ich, und heute weise ich wieder darauf hin, was einer seiner Vor-Vorgänger schon vor vielen Jahren genau zu selbigem Problem mit zwei wichtigen Sätzen als ganze Ursache nannte: „Die Polizei ist der Prügelknabe für eine verfehlte Politik. Die Politiker verstecken sich hinter der Polizei, also hält man sich an die Polizei als Vertreter des Staates“.

Da sich nun in den vielen Jahren seit der zitierten Sätze und auch in den zwei Jahren seit den letzten Äußerungen unseres Vorsitzenden nichts an dem Phänomen geändert hat, hat sich meines Erachtens auch an den Fehlern der Politik nichts geändert oder eher dahingehend, dass sie größer geworden sind und die Politik sich noch weiter vom Volk entfernte.

Ich kann den Worten von Frau vom Hau eigentlich nichts konkretes entnehmen und bin der Meinung, dass ihre Analyse großenteils jeglicher Grundlage entbehrt. Vom nicht allgemein verständlichen Schreibstil ganz abgesehen.

Sicher ist nur, dass ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess die Gewalt gegen die Polizei maßgeblich hervorgerufen hat. Ein vom Menschen unabhängig existierendes Naturgesetz ist es mit Sicherheit nicht. Ob darunter eine „Individualisierung“ zu verstehen ist, wie Frau vom Hau meint, das bezweifle ich. Das ist kein gesellschaftlicher Prozess, sondern höchstens die Folge eines solchen. Was meint denn die Autorin damit eigentlich? Aus den nachfolgenden Sätzen verstehe ich das so, dass jeder mit Hilfe seiner Ellenbogen oder noch stärkeren Gewaltmitteln dafür zu sorgen hat oder sorgen muss, seine Teilhabe an den Reichtümern der Gesellschaft, seinen Lebensstandard zu sichern. Also wird Gewalt legalisiert? Dass der Kapitalismus eine Ellenbogengesellschaft ist, in der das Individuum sehen muss, wo es bleibt, das ist mir schon klar. Menschlich kann man das schwerlich nennen. Also muss der gesellschaftlich Wandlungsprozess, der die Individualisierung zur Folge hat, doch in etwas Anderem bestehen, und da bekommen solche Worte wie Verlust- und Gewinnseite eine Bedeutung.

Schaue ich mir an, wann die Gewaltspirale gegen die Polizei sich zu drehen begann, dann muss ich nicht allzu weit zurückschauen. Vielleicht bis zur Mitte der 1990er-Jahre und nicht weit ins vorige Jahrhundert, wie Frau vom Hau meint. Etwa auf den

Beginn der Kanzlerschaft Schröder und der Einführung des Neoliberalismus und der Globalisierung in Politik beziehungsweise Wirtschaft.

Beides spaltet die Gesellschaft. In eine Gewinner- und in eine Verliererseite. Statistiken und Erhebungen bestätigen, dass sich seither Gewinner und Verlierer der Gesellschaft immer mehr voneinander entfernen. In erster Linie und zunächst durch ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, am Vermögen. 50 Prozent der Gesellschaft besitzen nichts und 10 Prozent besitzen über die Hälfte des gesellschaftlichen Vermögens. Die Tendenz ist: Immer weniger Menschen der Gesellschaft werden immer reicher, und immer mehr Menschen der Gesellschaft werden immer ärmer. Eine ehemals starke Mittelschicht schrumpft zusehends. Das hat natürlich Folgen. Und eine Abkehr oder gar Umkehr davon ist nicht in Sicht und wird trotz massiver Forderung, vor allem aus der Verliererseite, auch unter Anwendung des Versammlungsrechts, von der Politik verhindert. Denn alle Politiker gehören der Gewinnerseite an! Auch Wahlen ändern daran nichts, nun liegt die Hoffnung der Menschen bei der AfD.

Die Politik verhindert also nicht nur aus guten Gründen eine Änderung der Zustände, sondern fördert sie auch noch durch entsprechende Gesetzgebung wie im Steuer- und Abgaberecht oder bei der Bewältigung von Banken- und Eurokrise. So ist eine Situation entstanden, von der man sagen kann, die, die die Banken- und Euro- und Griechenlandkrise schuldhaft verursacht haben, sind heute die Gewinner (Aktienkurse und -gewinne). Die, welche die entsprechenden Krisen nicht verursacht haben, sondern in sie hineingezogen wurden, sind heute die Verlierer (Abgabenerhöhungen, Nullzinspolitik). Die Verliererseite hat nicht über ihre Verhältnisse gelebt.

Dieser Spaltung der Gesellschaft im Vermögensbereich folgt dann auch die Spaltung in anderen Bereichen wie im Bildungsbereich der Nachkommen oder der Ghettoisierung.

Vergrößert wird dieses Problem noch durch die massenhafte Zuwanderung von Menschen aus aller Welt, die hier aus den unterschiedlichsten Gründen in die Sozialsysteme fallen, damit immer noch besser leben als in ihren Herkunftsländern (Folge der Globalisierung), aber die Spaltung vertiefen und von denen auch ein nicht geringer Anteil der Gewalt gegen die

Polizei ausgeht. Auch Alkohol und Drogen bringen Gewalt hervor und fördern diese.

Gewaltigste Folge des allen ist, dass insbesondere auf der Verliererseite die Achtung vor dem Staat mehr und mehr verloren geht, weil man sich nicht mehr vom Staat vertreten, sondern allein gelassen fühlt. Das ergibt dann die Gewalt gegen den Staat, und wenn dieser nicht greifbar ist, gegen seine Vertreter, also auch gegen die Polizei. Und das bei allen möglichen Gelegenheiten wie auch im Fußballstadion. Bis hin zu anarchistischen Verhaltensweisen. Das Handeln des Menschen ist das Ergebnis seines Umfeldes und nicht umgekehrt.

Wer das nicht wahrhaben will und das negiert, lebt auf dem falschen Planeten und so wird wohl die weitere Entwicklung dahingehen, dass sich die Beziehungskrise zwischen dem Staat und seinen Bürgern und damit auch zur Polizei eher verschärft als vermindert.

Aber es gibt auch eine Missachtung des Staates auf der Gewinnerseite. Ohne Gewalt, nur mit Intelligenz. Auch hier ruft das Umfeld das Verhalten hervor, nur eben ein ganz anderes als bei der Verliererseite, aber vielleicht mit noch mehr Schaden, sowohl materiell als auch und vor allem ideell.

Gewinn macht bekanntlich süchtig, und so ist es nicht verwunderlich, dass in immer größerem Maße bei dieser „Klientel“ Regeln im gesellschaftlichen Miteinander – sprich Gesetze – größtenteils missachtet werden. Steuerhinterziehung, Geld- und Gewinnverschub ins steuergünstigere Ausland, und das vor allem durch jene, die haben, ist an der Tagesordnung, und der Staat geht nur zögerlich dagegen vor oder mit lächerlichen Strafen. Die durch Winkeladvokaten gesuchten und gefundenen Lücken werden schamlos ausgenutzt, immer unter der Ausrede, wir halten uns an gültiges Recht, es liegt allenfalls eine moralische Verfehlung vor. Und die Staaten machen mit. Die Verliererseite sieht das, und sie sieht auch die mangelnden Reaktionen des Staates. Aber Eliten sollen doch Vorbild sein! Soweit zum gesellschaftlichen Wandel.

Ein zweites Problem in diesem Zusammenhang: Als ich nach meinem ersten Leben als Soldat in der DDR dann in Deutschland zum Polizisten ausgebildet wurde, hörte ich das erste Mal den Begriff „polizeiliches Gegenüber“.

Das drückt viel aus. Aber ich glaube



nichts Positives. Auch daraus ergeben sich bestimmte Handlungsweisen. Ich weiß nicht, ob in der DDR in der Polizeiausbildung dieser Begriff auch verwendet wurde, aber zumindest das Auftreten der Polizisten war nicht entsprechend. Mag sein, dass der Name „Volkspolizei“ etwas übertrieben war – na ja, aber „Stuttgart 21“ ist schon kennzeichnend.

Dieser Begriff „Gegenüber“ zieht sich nach meinen Erfahrungen auch durch den gesamten Behördenapparat der Bundesrepublik und vergrößert bei vielen Betroffenen die Ablehnung und Missachtung des Staates. Das beginnt in der Bundesregierung und zieht sich bis auf die lokale Ebene durch. Gebt dem Deutschen ein Amt und vielleicht noch eine Uniform, und er wird bald nur noch Feinde sehen.

Peter Spindler, Kreisgruppe Pirna

Zu: Ausstattung, DP 9/16

Zur Sache: die Ausstattung der Polizei wird, so hoffe ich, um die Bodycam erweitert. Dies trägt zur Sicherheit der eingesetzten Beamten, besonders im Einsatz bei Veranstaltungen bei. Diesen zeigen ja auch die bis dato Aussagen der Beamten, die an diesem Pilotprojekt teilnehmen. Die Aussagen von Marcel Müller über den Verlauf und Aufbau finde ich sehr gut. Was mir jedoch nicht gefällt ist die Kennzeichnung des Beamten/in, der die Video-Überwachung als Kennzeichnung auf dem Rücken trägt (siehe Bild DP 9/16, Seite 17) und somit ein gutes Ziel für diejenigen ist, die bei Krawallen vermutlich versuchen werden, diesen Polizeibeamten aususchalten. (Etwas überspitzt zu sagen, man könnte ihm auch ein Schild auf seinen Helm schrauben, so kann ihn auch ein kleiner Täter besser sehen). Wenn schon so eine Kennzeichnung getragen werden muss, so sollte diese auf der Brust getragen werden, denn die „Gegner“ kommen in der Regel von vorn. Ich hoffe, dass diese Kennzeichnung nie auf einem Beamtenrücken oder auf einer Beamtenbrust getragen werden muss, sonst ist der gute Gedanke nur die Hälfte wert. Ich hoffe, dass die Bodycam auch eines Tages in den Polizeirevieren/Dienstgruppen Einzug hält, denn auch diese Beamten sind bei ihren Einsätzen stark gefährdet.

Ich vermute jedoch, dass die Einführung der Bodycam flächendeckend am liebsten, nicht vorhandenen Geld hängenbleibt. Ich bedauere dies heute schon.

Gerhard Tröndle, Dogern

Zu: Gute GdP-Betreuung durch sehr gute Kreisgruppenarbeit

Wie ihr bei meinem Verfahren den Unfallausgleich betreffend entnehmen könnt, konnte das Verfahren in meinem Sinne positiv für mich abgeschlossen werden. Dies möchte ich zum Anlass nehmen, einmal einige Dinge aufzunehmen und zu artikulieren, die mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig erscheinen und auch sehr am Herzen liegen!

Wenn man durch ein Unfallereignis und die damit einhergehende lebensbedrohliche Krebserkrankung meiner Frau so schwer getroffen wird, lernt man sehr schnell, auf welche Personen und Institutionen man sich verlassen und zählen kann – und auch, auf wen nicht.

Bereits in einem sehr frühen Stadium meiner Laufbahn bei der Polizei wurde mir vermittelt, – und ich habe dies auch so für mich erkannt – wie wichtig der Bestand und die Arbeit einer funktionierenden Gewerkschaft für die Arbeitnehmerschaft und insbesondere für Polizeibeamte sind. Diese Erkenntnis führte dann auch dazu, dass ich bereits kurz nach meinem Eintritt in den Polizeidienst in die GdP eintrat. In der Folgezeit engagierte ich mich langsam aber stetig mehr und arbeitete als Vertrauensmann, Disziplinarordnung-Verteidiger und phasenweise als Vorstandsmitglied in der Kreisgruppe mit. Diese Tätigkeiten erweiterten meinen Horizont sehr und gaben mir auch sehr viel innere Zufriedenheit, da es mir oft gelang Kollegen beizustehen und auch übereifrige Vorgesetzte zu bremsen.

In der Zeit nach meinem Unfall benötigte ich dringend den Beistand von Kollegen und auch den der GdP als Organisation. Vom ersten Tag an konnte ich mich in jeder Beziehung, und ich benötigte in vielerlei Hinsicht Hilfe, auf die Kollegen der GdP, und hier möchte ich insbesondere Peter Hertlein, Carola Breunig und Uwe

Drechsler erwähnen, verlassen. Ich hatte bei Problemen immer sofort einen Ansprechpartner, alle bemühten sich nach Kräften, mir beizustehen.

Auch die Gewährung von Rechtsschutz vom ersten Moment an hat mir sehr geholfen und das Gefühl von rechtlicher Sicherheit gegeben, was für mich bedeutete, dass ich mir wenigstens um diese sehr komplizierte Baustelle keine Sorgen zu machen brauchte.

Dabei hatte ich jederzeit die volle Unterstützung sowohl der Kreisgruppe wie auch die des Landesbezirks. Alle Rechtsschutzangelegenheiten konnten zügig und zum Teil unmittelbar und vor allen Dingen unbürokratisch und unkompliziert abgewickelt werden, wofür ich auch den Kolleginnen und Kollegen im Landesbezirk und in der Geschäftsstelle meinen Dank aussprechen möchte. Die diesbezügliche Betreuung war umfassend, sie beinhaltete die Nebenklage im Strafverfahren, das Zivilverfahren und zuletzt auch das Verwaltungsverfahren bezüglich des Unfallausgleichs.

Ich bin mir sehr sicher, dass ich all diese Herausforderungen nicht ohne die Unterstützung der GdP und der GdP-Kollegen hätte bewältigen können. So habe ich selbst während meiner aktiven Zeit vielen Kollegen viel geben können, aber unheimlich viel dafür zurückbekommen, wofür meine Familie und ich sehr dankbar sind.

In diesem Sinne konnte ich bereits einen Freund meines Sohnes, der 2015 in die Polizei eingetreten ist, davon überzeugen, in die GdP einzutreten, meinen jüngsten Sohn, der am 1. September in den Polizeidienst eintrat, konnte ich ebenfalls überzeugen, zum frühestens möglichen Zeitpunkt der GdP beizutreten.

Im Ergebnis bleibt für mich das Resümee, dass die GdP und ihre Kollegen einen zentralen Pfeiler bilden, auf den ich mich in schwierigen Zeiten und Lagen stützen und verlassen kann, während die Solidarität des Dienstherrn und des Behördenleiters mit dem Eintritt in den in meinem Fall unfallbedingten Ruhestand wohl endete. Was dazu führte, und im Nachgang durch das Landesamt für die Besoldung und Versorgung (LBV), lediglich nur noch nach Möglichkeiten gesucht wird, eventuelle Versorgungsleistungen nach Möglichkeit zu mindern.

Heinz Willi Keuter, Jülich





Kooperative Führung

Das Kooperative Führungssystem ist als verbindliche Führungsvorschrift in der Polizeidienstvorschrift 100 für alle polizeilichen Führungskräfte festgelegt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Notwendigkeit einer Neuausrichtung des Kooperativen Führungssystems im polizeilichen Führungsbereich ergibt sich die Frage, welche Grundgedanken der Kooperativen Führung als Orientierungs- und Handlungsrahmen dienen könnten.



Dabei sind grundsätzliche Überlegungen anzustellen, wie Führungskräfte im Rahmen von dynamischen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen den sich daraus ergebenden Herausforderungen im Führungsalltag begegnen sollten.

In diesem Zusammenhang müssen die Kerngedanken der Kooperativen Führung, die Komplexität des Führungsalltages, die Erwartungshaltung an Führungskräfte und die Bedeu-

tung der Organisationskultur einer detaillierten Betrachtung unterzogen werden, um eine erfolgreiche Umsetzung und eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Kooperativen Führung gewährleisten zu können.

Diese Überlegungen sollen sowohl Führungskräfte in der Polizei aber auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und bei Wirtschaftsunternehmen in die Lage versetzen, im Rahmen der Selbstreflexion die notwendigen Handlungsschritte für eine erfolgreiche Umsetzung der Kooperativen Führung zu gestalten.

Kooperative Führung, Jürgen Rauch, KSV Polizeipraxis, 2016, 142 Seiten, 29 Euro, ISBN 978-3-8293-1261-5

Das Stelleninterview zur Eingruppierung

Das Buch ist für Personalräte, Personalsachbearbeiter, Führungskräfte, aber auch für Stelleninhaber, die sich demnächst einem Stelleninterview gegenübersehen, durchaus hilfreich. Manch eine Erklärung erscheint dem Leser selbstverständlich, wie, dass sich der Interviewer um eine freundliche Gesprächsatmosphäre bemühen sollte. Jedoch wird hier auch dargestellt, zu welchen gewichtigen Auswirkungen die Nichteinhaltung von

diesen Selbstverständlichkeiten führen kann. Mit Hilfe des Buches kann sich jeder „Stelleninterviewer“ einen Leitfaden erarbeiten, anhand dessen ein solches Interview erfolgreich durchgeführt werden kann. Es wird die Arbeit mit bestimmten Fragetechniken dargestellt – dazu wird am Ende des Buches anhand von Beispielen aufgezeigt, welche Fragen speziell auf eine bestimmte Tätigkeit zu einem entsprechend erfolgreichen Interview führen können. Zudem erfolgen Ausführungen zu der Thematik Gesprächsführung. Auch der Hinweis auf die Beteiligungsrechte der Mitarbeitervertretungen kann schon von vornherein Konflikte lösen beziehungsweise beim Umgang mit Konflikten hilfreich sein.



Michaela Omari

Das Stelleninterview zur Eingruppierung, Achim Richter, Annett Gamisch, Thomas Mohr, Walhalla Verlag, 2016, 96 Seiten, 14,95 Euro, ISBN 978-3-8029-1578-9



Nr. 10 • 65. Jahrgang 2016 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin**
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.584 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: GdP/
Florian Radke

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld

